

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Annoncen - Annahme - Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. H. Altric & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn P. Kempner; in Bromberg S. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Moos; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 84; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freynd; in Frankfurt a. M. G. L. Dauke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 18. Oktbr. Se. M. der König haben Allernächst geruht: Dem Kreisgerichts-Rath v. Röder zu Neuzelle den Rothen Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife und dem Ballemsteins-Caglion zu Berlin den Rothen Adler-Orden IV. Kl. zu verleihen; den Kreisgerichts-Rath Christ in Preußen-Holland zum Director des Kreisgerichts in Osterode zu ernennen; und dem Sanitäts-Rath Dr. Richard in Endenich bei Bonn den Charakter als Geh. Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der Kreisrichter Gremer in Hagen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bochum und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gelsenkirchen, ernannt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Schönig am Gymnasium zu Schrimm ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Der kirchliche Zehnte.

Wer hat das Geld, der hat die Welt. Das soll schon zu Krassus Zeiten so gewesen sein, und gilt heut mehr denn je — trotz all' dem gewaltigen „Krieg gegen das Kapital.“ In Wahrheit ist aber auch der „Krieg gegen das Kapital“ eigentlich nur ein Krieg gegen die Kapitalisten, von denjenigen unternommen, welche selbst Kapital haben möchten, daß sind heut besonders die Angehörigen zwei sehr verschiedener Lebenssphären: die Arbeiter und die Landwirthe. Die ersten gönnen dem Kapital seinen Gewinn (oder wie der Held der „Staatsbürger-Ztg.“ sagt: den „faulen Erwerb“) nicht, sie möchten gern mit ihrer Arbeit zu einer höheren Quote daran Theil nehmen; die Landwirthe dagegen klagen, daß das Kapital seine beliebigen Bedingungen machen kann, unter denen es sich zu Diensten stellen will, und daß es frank und frei überall hin sich bewegen darf, anstatt im Lande zu bleiben und sich redlich zu nähren.

Aber weder die Angriffe der Sozialisten noch die Klagen der Dekonomen haben, so viel Berechtigung auch in Beiden steckt, das Kapital nach ihrem Willen zwingen können, im Gegentheil, es ist fast noch mächtiger geworden und hat Gesetzgebung und Verwaltungsprinzipien sich willfährig gemacht. Die Aufhebung der Wuchergesetze, das neue Substationsgesetz, die in Aussicht gestellte neue Hypothekenordnung, welche selbst das unbewegliche Gut beweglich machen will, damit es die Macht des beweglichen Kapitals erhalte, und viele andere Anzeichen bekunden das gegenwärtige, nicht auf einer Laune des Schicksals sondern auf Gelegenheit, die man wirtschaftliche Naturgesetze nennen könnte, be ruhende Nebergewicht des Geldbesitzes.

Dem gegenüber haben die an Grund und Boden haftenden Interessen eine Vernachlässigung zu beklagen. Nicht nur daß die Gesetzgebung dem Kapital große Zugeständnisse macht, welche Grundbesitzern und Landwirthen alte bisher noch nicht durch irgend welchen Erfolg wieder ausgeglichene Vortheile entzogen, Gesetzgebung und Verwaltung haben auch unterlassen, wenigstens nicht genügend gestrebt, alte Lasten dem Grundbesitz abzunehmen, wie z. B. den kirchlichen Zehnten. Es ist darum natürlich, daß die Grundbesitzer, besonders die Landwirthe, immer mehr danach einer Vertretung der Standesinteressen verlangen tragen. Mit Geist und Geschick vertritt diese Richtung die in Berlin erscheinende „Norddeutsche landwirtschaftliche Zeitung“ und eben dadurch, daß sie auch politische Standesinteressen verfolgt, unterscheidet sie sich von den meisten übrigen den landwirtschaftlichen Angelegenheiten gewidmeten Fachblättern. Die Prämienanleihe, die Frage über Errichtung landwirtschaftlicher Kammern und über Bildung einer Grundbesitzerpartei im Landtage, Wünsche der Landwirtschaft bei Reform des Strafgesetzes, das waren die Gegenstände, mit welchen dieses Blatt sich in der letzten Zeit vorzugsweise beschäftigte und welche es um so gründlicher behandeln konnte, als es tüchtige, die Zeitverhältnisse mit klarem Auge erfassende Landwirthe zu seinen Mitarbeitern zählt.

In den letzten Nummern bringt die „Norddeutsche landwirtschaftliche Zeitung“ eine Reihe Artikel aus d. r. Feder Anton Niendorfs über den Zehnten. Diese Aufsätze erscheinen recht zu gelegener Zeit, da sie einen Gegenstand zur Diskussion stellen, welcher demnächst im Abgeordnetenhaus zum so und so vielen Male zur Sprache kommen wird. Die Abgeordneten Dr. Becker (Dortmund) und Prof. Gneist, der eine Fortschrittsmann, der andere Nationalliberaler, haben nämlich einen Gesetzentwurf nebst Motiven eingereicht, betreffend die Ablösung der den Geistlichen und Schulinstituten, sowie den frommen und milden Stiftungen z. zustehenden Reallasten. Wie stark in dieser Sache unsere Provinz beteiligt ist, beweist u. A. die von Guisbeyern des Großherzogthums im vorigen Jahre an das Herrenhaus, den „natürlichen Vertreter landwirtschaftlicher Interessen“, gerichtete Petition, worin die Aufhebung des Gesetzes vom 15. April 1857 und die Verwirklichung der Verheißen vom 30. Oktober 1848 und 2. März 1850 erbeten wurde.

Das Gesetz vom 15. April 1857 beschränkt nämlich die Zulässigkeit der Ablösung der Realabgaben an die in Nied stehenden Institute, indem es die Ablösbarkeit von festen Abgaben an Körnern und festen Leistungen an Holz und Brennmaterial gänzlich ausschließt, während andere Naturalabgaben in eine unabkömmlige Roggenrente verwandelt werden, welche nach den jährlichen Martinimarktpreisen in Geld abzuführen ist, feste Geldabgaben endlich, je nach dem Grunde ihres Ursprungs, entweder zum 25-fachen oder zum 33½-fachen Betrage abgelöst

Posener Zeitung.

Zweitundsechzigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgepac-
teten Seiten oder deren Raum.
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags ar-
genommen.

werden können. Unendliche Beschwerden gegen dieses Gesetz veranlaßten das Ministerium der neuen Uera im Jahre 1861, dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die wesentlichsten Beschränkungen des Gesetzes vom 15. April 1857 beseitigt werden sollten, indem einmal die Ablösbarkeit der festen Körnerabgaben und festen Leistungen an Holz und Brennmaterial durch Umwandlung in eine in Geld abzuführende Roggenrente und zweitens die Zulässigkeit einer Kapital-Ablösung dieser Rente zum 25-fachen Betrage, sowie der nach dem Gesetze vom 15. April 1857 festgestellten Roggenrente vorgeschlagen wurde. Dieser Gesetzentwurf, welcher vom Abgeordnetenhaus mit einigen Modifizierungen angenommen wurde, kam jedoch nicht zu Stande, er scheiterte an dem Widerstand des Herrenhauses. Seit dem Jahre 1859 ist keine Session vergangen, in der nicht, theils von der Kommission, theils vom Plenum des Hauses, in Folge der zahlreichen Petitionen die Regierung aufgefordert wurde, in der „nächsten“ Session einen auf Änderung des Gesetzes vom 15. April 1857 hingzielenden, den Grundsäzen des Gesetzentwurfes vom Jahre 1861 entsprechenden neuen Gesetzentwurf vorzulegen.

Die „nächste“ Session ist noch immer nicht gekommen, wohl aber hat in der „lepten“ Session ein Vertreter des Kultusministers erklärt, daß das Ministerium eine Abänderung der Prinzipien des Gesetzes vom 15. April 1857, „ohne welche das Eigentum der geistlichen Institute keinen hinreichenden Schutz behalte,“ nicht in Aussicht stellen könne, und der Kommissar des landwirtschaftlichen Ministeriums konnte keinen dringenden Grund zu einer allgemeinen Änderung des Gesetzes von 1857 finden, und war der Ansicht, sich in dieser Angelegenheit den Interessen des geistlichen Ministeriums unterordnen zu können.

Unter solchen Umständen hatte das Herrenhaus eine leichte Entscheidung, es wies im Anfang d. J. die Petition unserer Gutsbesitzer zurück, einmal weil das Recht auf Seiten der Kirche z. sei und weil nicht wiesen wäre, daß der Dezem ein die Landwirtschaft schädigendes Institut sei. Die Petenten hatten wahrscheinlich wie der Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten geglaubt, es mit einer „wohlerleuchteten“ Versammlung zu thun zu haben, und es unterlassen, die ganze Geschichte vom Gi an noch einmal durchzuarbeiten, nachdem sie über 50 Jahre lang aufs gründlichste von Staatsrechtslehrern, Publizisten und Landwirthen behandelt worden ist. Für das Herrenhaus war freilich diese Literatur nicht da, denn der Kultusminister hatte gesprochen: Roma locuta — res finita.

Da aber selbst das wohlerleuchtete Herrenhaus dem kirchlichen Zehnten sein Wohlwollen noch nicht entziehen kann, so werden unsere Leser es hoffentlich nicht als eine Beleidigung auffassen, wenn wir in einem folgenden Artikel diesen Gegenstand von seiner rechtlichen wie von seiner wirtschaftlichen Seite beleuchten.

Verwahrung.

Die am 2. Oktober sanft entschlummerte Kartellkonvention mit Russland spukt — ein irrender Geist — noch immer in den Artikeln berliner Korrespondenten. Ein solcher schreibt unterm 13. d. Mts. an die in Augsburg erscheinende Allg. Ztg.:

Was Graf Bismarck ohne Zweifel vorhersah, als er dem Drängen der Liberalen nachgab und sich zur Aufhebung der mit Russland vereinbarten Kartellkonvention entschloß, ist bereits eingetreten, und jedenfalls rascher als er es vermuten konnte. Noch ist nämlich dieser Vertrag nicht außer Wirksamkeit getreten und schon malen sich die Bewohner der Grenzprovinzen die Schreden des Einsfalls russischer Überläufer mit den schwärzesten Farben aus und Blätter deutscher und polnischer Junge fordern laut und dringend den Abschluß einer neuen Vereinbarung, welche die Grenzprovinzen vor den Gefahren sicher stellt die mit dem Eindringen des russischen und des polnischen Feindes verbunden seien. Daß Graf Bismarck, als er, gereizt durch die Demonstrationen im Abgeordnetenhaus, sich weigerte, die Kartellkonvention zu erneuern, nichts anderes wollte und erwartete, als von den beteiligten Provinzen selbst um die Wiederherstellung dieses oder eines wenigstens ähnlichen Vertrags gebeten zu werden, habe ich schon früher angedeutet und scheint sich jetzt vollkommen bestätigen zu sollen.

Wenn die augsbürger „Allgemeine“ solche Berichterstatter hat, dann darf man sich freilich nicht wundern über die oft krausen Vorstellungen, welche jenseits des Mains von unseren Verhältnissen herrschen. Denn von allem, was jener korrespondirende Prophet in Berlin vorhergesagt und dann bestätigt findet, ist auch kein Wort wahr. Zunächst sollte doch der betreffende Herr wissen, daß die Kartellkonvention am 13. Oktober schon 11 Tage „außer Wirksamkeit getreten“ war. (In der ganzen offiziellen Presse wurde das gemeldet.) Wer sind nun die „Blätter deutscher und polnischer Junge“, welche „laut und dringend“ eine neue Kartellkonvention verlangen. Die „Posener Zeitung“ hat (unterm 20. Sept., vgl. Nr. 220) ganz allein auf die Nebelstände hingewiesen, welche das Aufhören der Konvention im J. 1842 für unsere Provinz zur Folge hatte, und daß dies in Verbindung mit politischen Gründen die Regierung wohl bestimmen könnte, ein neues Kartell mit Russland abzuschließen. Wir selbst haben, so oft wir über die Konvention sprachen — und dazu hatten wir, da in der deutschen Presse manchfache Irrthümer über dies Verhältniß sich zeigten, öfter Gelegenheit, — uns stets gegen Erneuerung des Auslieferungsvertrags zum wenigsten gegen einen im Geiste des Kartells

von 1857 zu schließenden ausgesprochen. Die offiziösen Korrespondenten benützen aber die in unserem Artikel (Nr. 220) angegebenen Thatachen derart daß es scheinen müste, als wünschte die Grenzbevölkerung selbst die Erneuerung der Konvention, während wir nur das im September aufgetaute Gerücht, die Regierung wolle die Konvention erneuern, zu erklären strebten, indem wir nach den Gründen suchten, welche für die Regierung trog der das Gegentheil verlangenden Wünsche des Landes wohl maßgebend sein möchten. Nun hat die Regierung aber doch die Konvention eingehen lassen, ohne einen neuen Vertrag zu schließen, und bis jetzt ist der dahingegangenen auch noch kein Wort des Bedauerns gefolgt, keine Thräne nachgeweint, keine Schwarzmalerei versucht worden; hoffentlich werden wir auch nie in die Lage kommen, um den Abschluß eines neuen Auslieferungsvertrages zu bitten, denn was im Jahre 1842 erwünscht war, das braucht heut nicht mehr nötig zu sein, am allerwenigsten werden wir je ein Kartell wünschen, das gleich dem von 1857 mit den auch im Völkerrecht immer mehr zur Anwendung kommenden Grundsäzen der Humanität im Widerspruch steht.

Wir durften diese Verwahrung nicht unterlassen, sonst hätte nächstdem dieser oder jener Korrespondent in Berlin gemeldet, daß die Unzufriedenheit der Grenzbevölkerung über Nichterneuerung der Kartellkonvention mit Russland bereits zu einer „Art Revolution“ — um den Ausdruck des Korrespondenten der leipziger „Deutschen Allg. Ztg.“ zu gebrauchen — emporgewachsen sei; allmäßig hätten sich die Stimmen gemehrt und schließlich hätte die Regierung zu der Ansicht kommen können, daß es die höchste Zeit sei, unseren „laut und dringend“ ausgesprochenen Wunsch nach einem Auslieferungsvertrage Statt geben zu müssen. Man kommt oft zu etwas und weiß nicht: wie.

Die ganze Kartell-Schufthsgeschichte hat übrigens ein kleines Malheur in der deutschen Presse gehabt, daß wir zum Nutz und Frommen für Zeitungen und Korrespondenten, die einen Abschluß gegen Benennung der Quelle haben, mitttheilen wollen. Für unseren Artikel, welchen die Offiziösen benützen, um die Notwendigkeit des Kartells darzuthun, wurde nämlich die „Gazeta Torunská“, die denselben aus unserer Zeitung und — wie wir anerkennen — mit Quellenangabe entnommen hatte, verantwortlich gemacht, und für die Prophezeiungen des Berliner Korrespondenten der Augsburger „Allg. Ztg.“ wird nun von mehreren Blättern die Berliner „Post“ heruntergeputzt. Wir können ihr das Zeugniß aussstellen, daß sie selbst die Kartellschufth der Grenzbevölkerung nicht erfunden, sie hat nur, wie nicht selten, ohne die Quelle zu zitiren, den betreffenden Artikel der Augsburger entnommen. Ja, „alle Schuld rächt sich auf Erden.“

Deutschland.

Berlin, 19. Oktbr. Die Voraussetzung, daß in der jüngsten Berathung des Staatsministeriums die Prämien-Anleihe auf der Tagesordnung gestanden habe, wird jetzt bestätigt. Never die Richtung des Beschlusses hört man zwar noch nichts Bestimmtes, doch wird man kaum irren, wenn man annimmt, daß die Absicht der Regierung dahin geht, die Angelegenheit auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zu reguliren. Auch die Theilnahme des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Hrn. Delbrück an der Berathung des Staatsministeriums deutet auf die Absicht dieser Lösung hin. In Börsenkreisen war man offenbar schon gestern fest überzeugt, daß die Prämienanleihe nicht bewilligt werden würde, denn man gab sich alle erdenkliche Mühe, die preußischen Fonds zum fallen zu bringen. Daß dabei nur die Intrigue mißverstümpter Spekulanten im Spiele war, geht daraus hervor, daß die Papiere heute bereits ihre vorige Höhe beinahe erreicht haben. Bei dieser Gelegenheit möge noch des Gerüths gedacht werden, welches den Grafen Bismarck als dasjenige Mitglied des Staatsministeriums bezeichnet, bei dem das Projekt der Diskontogesellschaft große Theilnahme und daher warme Fürsprache gefunden habe. Graf Bismarck soll besonders gehofft haben, daß die betreffenden Notirungen an den ausländischen Börsen zu beschaffen sein würden. Die Richtigkeit dieses Gerüths dahingestellt, bleibt es jetzt, nachdem das Projekt vorläufig als bestätigt angesehen werden darf, immerhin noch interessant, aus der „Independenze“ zu erfahren, daß ein ausländisches Lotteriekäppier an der pariser Börse nur auf Grund eines besonderen Gesetzes zugelassen wird. Daß aber die französischen Regierung, der gesetzgebende Körper und der Senat sich bereit gefunden hätten, die Zulassung einer preußischen Prämienanleihe durch ein Gesetz zu sanktionieren, dürfte doch wohl einigermaßen in Zweifel zu ziehen sein.

Österreichische und selbst französische Journale, um von den englischen gar nicht zu reden, haben in neuerer Zeit zu wiederholten Male das Eingeständniß gemacht, daß die nationale Politik Preußens vom Auslande her keinen ernstlichen Widerspruch erfahren werde, wenn sie auch die innere noch offene deutsche Frage durch ein enges Bundesverhältniß zwischen Nord- und Süddeutschland zur Erledigung zu bringen sucht. Neu dürfte Ihnen sein, daß auch russische Organe, welche sonst zu den leidenschaftlichsten Gegnern Preußens zählen, jene Überzeugung ihres wiener und pariser Kollegen, wenn auch mit schwerem Herzen,theilen. Be-

achtungswert ist in dieser Beziehung ein Artikel des Petersburger "Golos", der in ausführlicher Weise die gegenwärtige Lage Deutschlands bespricht. Nach einem Versuch, die großen Erfolge der Bismarckischen Politik wenigstens zum Theil auf glückliche Zufälle zurückzuführen, tritt der "Golos" mit der Behauptung auf, daß Preußen demnächst die Mainlinie überschreiten und den deutschen Süden zunächst zum Nordbunde, sodann aber zum "neuen deutschen Reich" schlagen werde. Dabei wird zwischen der Stimmung in Baden und der in Württemberg kein Unterschied gemacht, sondern als tatsächlich hingestellt, daß in beiden Ländern eine preußische Propaganda mit Erfolg auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund hinarbeitete. Leider sei zweifellos, daß keine europäische Macht das Schwert ziehen werde, um dieser Erweiterung der preußischen Machtspäre vorzubeugen. Mit Österreich beginne Graf Bismarck seinen Frieden zu machen, England sei gegen die deutsche Frage gleichgültig. Italien sei machtlos, Frankreich durch die Kränklichkeit des Kaisers und die allgemeine Erbitterung gegen das herrschende System wenigstens zur Zeit unschädlich gemacht. Und Russland? — So gefährlich uns auch die Machtweiterung Preußens an der Ostsee und die preußische Agitation in den Ostseeprovinzen ist, so wäre doch für Russland bei seiner gegenwärtigen Finanzlage eine bewaffnete Einmischung in innere europäische Fragen noch gefährlicher. Eine unbewaffnete Einmischung aber läßt sich schon im voraus als durchaus nützlich und erfolglos erkennen! Die Zeiten, wo russische Rathshläge in Berlin ehrfurchtsvoll angehoben wurden, sind vorüber, und nach den vielen diplomatischen Misserfolgen, die wir erlebt haben, wäre es höchst unklug, wenn wir uns durch eingeschlossene Verschulden noch eine weitere Schlappe zuziehen wollten. Alles — schließt der Artikel trübe — hänge also allein von der Mächtigkeit Preußens selber ab. Solche Auslassungen der auswärtigen Presse sind auch Zeichen der Zeit, welche die nationale Partei in Deutschland nicht unbeachtet und unbenuzt lassen wird.

Berlin, 19. Okt. Der Umstand, daß die allgemeine Debatte über die Kreisordnung heute noch nicht zu Ende gekommen, hat alle Dispositionen für die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu nichts gemacht, und man wird sich, bei der festen Absicht, am Donnerstag in die Berathung des Budgets einzutreten, wohl bis zum Schlusse dieser oder gar der nächsten Woche mit den kleineren Justizgefechten und Anträgen gedulden müssen. Inzwischen bot die heutige Debatte in den Reden der Abg. Gneist und Lasker wie in den Ausführungen des Ministers des Innern Anzüglichspunkte von hervorragender Bedeutung. Die sachlichen Ausführungen des Abg. Gneist auf dem Gebiete der Kreis- und Gemeindeverfassung, auf welchem dieser berühmte Gelehrte so tiefe Forschungen angestellt hat, fesselten das Haus an seinen einstündigen Vortrag, während Laskers Hervorlehrung der politischen Seite eine so erregte Stimmung hervorbrachte, wie sie eigentlich bis dahin in dem ruhigen Verlauf der Erörterungen noch nicht hervorgetreten war. Unter dem Eindruck dieser Rede, mit welcher die Sitzung schloß, traten eigentlich die Vorreden zurück. Der Minister beschränkte sich einfach auf eine Widerlegung der Angriffe gegen die Vorlage; seine Betonung der Konzessionen, zu denen sich die konservative Partei bis dahin verstanden hätte und weiter verstehen wollte, und welche den Liberalen zur Nachahmung zu empfehlen seien, erregte einigermaßen Besremden, weil man von solchen Konzessionen tatsächlich noch nichts gewahr geworden. Im Uebrigen wäre die Rede des Abg. Achenbach zu erwähnen, insofern sich dieselbe mit Entschiedenheit gegen die Ausdehnung der Vorlage über die östlichen Provinzen hinaus erklärt. Die Abfertigung, welche der Minister dem polnischen Abgeordneten entgegenstellte, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Hoffentlich findet die Debatte morgen ihr Ende. — Wie vorauszusehen, wird die Budget-debatte diesmal einen ganz besonders lebhaften Charakter annehmen, da man sich von mehreren Seiten darauf vorbereitet, die Budgetaufstellung von 1868 und 1869 zu beleuchten und überall auf die vorhandenen Bestände als Mittel zur Deckung des Defizits hinzuweisen. In der Fortschrittspartei wird ein Antrag vorbereitet, der gleich bei Eröffnung der Debatte eingebracht werden soll und dahin gerichtet sein soll, die Regierung zu veranlassen, bei dem Norddeutschen Bunde auf Eriparationen im Militäretat hinzuwirken. — Ferner wird in nächster Zeit ein Antrag des Abg. Liberty auf Einführung der obligatorischen Civilehe eingebracht werden. — Bei dem Stadium in welchem sich augenblicklich das Unterrichtsgesetz befindet, ist es nicht unmöglich, daß dasselbe

erst gegen den Schlusse der Sesslon eingebraucht wird und nicht zur Berathung kommt. Vielleicht trostet man sich auch hier mit der erwähnten Aussicht auf eine konservative Majorität im nächsten Jahre. — Es wird von allen Seiten bestätigt, daß man sich in der letzten Sitzung des Staatsministeriums mit der Prämienanleihe beschäftigt hat. Aus dem Ministerium des Innern soll eine Denkschrift gegen die Prämienanleihen überhaupt vorgelegen haben, als deren Verfasser der Geh. Regierungsrath No. 9 angesehen wird. Wie man hört, geht die Neigung dahin, die ganze Sache im Wege der Bundesgesetzgebung, also in der Richtung des Braunschweigen Antrags zu erledigen. — Die erwähnte Zusammenkunft, welche das englische Parlamentsmitglied, Sir Henry Richard mit hiesigen Abgeordneten hatte, fand bei dem Kammerrestaurant Müller statt und führte zu recht lebhaften Erörterungen. Es wurde in englischer Sprache verhandelt, der Abg. Faucher übernahm das Dolmetscheramt. Sir Richard entwickelte seine neulich erwähnten Anträge auf Entwaffnung und betonte, wie alle Parlamente auf die Errichtung internationaler Schiedsgerichte zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Nationen hinwirken müßten; er erwähnte, daß der Minister Gladstone eine Unterstützung dieser Bestrebungen, jedoch nicht im Parlamente, zugesagt, daß in Frankreich der Deputierte Passy, in Belgien der Deputierte Fischer es übernommen haben, das Friedenswerk zu fördern. Die zahlreich erschienenen hiesigen Abgeordneten, ausschließlich Mitglieder der national-liberalen und der Fortschrittspartei beobachteten eine ziemlich kühle Haltung und betonten, daß hier den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen sei. Sir Richard begiebt sich von hier nach Wien, um dort seine Zwecke weiter zu fördern.

Berlin, 19. Oktober. [Bivianstellungssberechtigung der Militärwärter. — Militär-Konventionen. — Rekruteneinstellung. — Beurlaubungen.] Die Durchführung der Bivianstellungsberechtigung der Militärwärter im Umfange des gesamten norddeutschen Bundesgebietes kann jetzt als im Prinzip wie in allen hauptsächlichen Ausführungsbestimmungen gesichert erachtet werden. Im wesentlichen bildet die preußische Bestimmung vom 20. Juni 1867 die Grundlage hierfür, daneben gilt jedoch die prinzipielle Bestimmung, daß jeder Militärwärter, welcher seit dem 1. Juli 1867 die Berechtigung zur Anstellung erworben hat, in jedem Bundesstaate als Inländer betrachtet werden soll. Tatsächlich dürfte sich freilich die Ausführung dieser Vergünstigung dadurch sehr deutlich modifizieren, daß es den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleibt, bei Belegung der hierfür in Betracht kommenden Beamtenstellen ihren eigenen Militärwärtern den Vortzug zu gewähren. Sowohl der Bivial-Besorgungs-, wie der Bivial-Anfankungschein werden fernerhin nach einem für das gesamte Bundesgebiet gemeinsamen Schema ertheilt werden. Modifikationen zu diesen Allgemeinbestimmungen sind, soviel bisher darüber verlaufen, nur von Sachsen, den beiden Mecklenburg und den Hansestädten vorbehalten worden, doch sollen dieselben in keiner Weise prinzipieller Natur sein, sondern namentlich für die Hansestädte nur die Aufrechterhaltung gewisser, in denselben althergebrachter Normen zum Zweck haben. Für die größeren Staaten erscheint überdies die ausschließliche Verübungsfähigkeit ihrer eigenen Militärwärter für die Belegung ihrer Beamtenstellen selbstverständlich und werden die unmittelbaren Anstellungsvorstellungen auch von den Behörden derselben erlassen werden. — Der gegenwärtige Stand der zwischen Preußen und den einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes geschlossenen Militär-Konventionen kann in folgendem zusammengefaßt werden. Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz sind die einzigen norddeutschen Staaten, welche bisher keine Konvention abgeschlossen haben. Auch darf die Aussicht auf den Abschluß einer solchen kaum noch als vorhanden angenommen werden. Das Militärverhältniß zu diesen beiden Staaten regelt sich demzufolge ausschließlich nach den Bestimmungen der §§ 64 u. 65 der Bundesverfassung, welche dem Bundesfelscherrn, also dem Könige von Preußen, die Abstellung von Mästständen in den betreffenden Kontingenzen, die Belegung der Offiziere mit und ohne Avancement sowohl in die preußische Armee, wie zu jedem andern Bundeskontingenzen, und die Verlegung der Kontingenztruppen in jede beliebige Garnison innerhalb des gesamten Bundesgebietes gestatten. Namentlich von dem Recht der Offizierverlegung ist denn auch in neuerster Zeit für beide Kontingenzen, besonders aber für das braunschweigische Kontingenz vielfach Gebrauch gemacht worden, da einzelne Vorgänge bei den braunschweigischen Truppen diese Maßregel als unerlässlich erscheinen ließen. Mit Sachsen besteht die Konvention vom 7. Februar 1867, durch welche der Bundesfelscherr, jedoch unter ausdrücklicher Wahrung aller Rechte und Befugnisse der §§ 62 bis 67 der Bundesverfassung auf ein Eingreifen in die innere Verwaltung des sächsischen Armeekorps, und namentlich auch für die Dauer friedlicher Verhältnisse auf die Verlegung sächsischer Truppenteile in außer den Grenzen von Sachsen gelegenen Garnisonen verzichtet, wogegen anderseits aber durch diese Konvention die Festung Königstein und die Verschanzungen von Dresden, leichter unter Zuschreibung einer Nichterweiterung für die Dauer friedlicher Zustände, in den Besitz des Bundes überwiesen werden. Ausnahmebestimmungen über das Avancement und die Belegung der sächsischen Offiziere befinden sich in dieser Konvention nicht vorgegeben, und wurde bei der ausdrücklichen Wahrung der zuvor erwähnten §§ der Bundesverfassung dennoch das bei allen übrigen Kontingenzen hierfür geltige Verfahren auch für das sächsische Armeekorps zu Recht bestehen, so daß also die Überlassung des Avancements an die sächsische Regierung nur als eine derselben freiwillig gewährte Vergünstigung betrachtet werden kann. Die Militärkonventionen mit den übrigen Staaten stellen deren Kontingente mit ganz geringen Modifi-

cationen Preußen zur unbedingten Verfügung und macht hiervon tatsächlich nur Mecklenburg-Schwerin eine Ausnahme, dessen Konvention sich bekanntlich nur auf das gemeinsame Kontingenz der Offiziere und Militärbeamten des mecklenburgischen Kontingents bezieht, wobei jedoch selbstverständlich alle sonstigen auf das Militärwesen des Bundes bezüglichen Bestimmungen der Bundesverfassung auch auf dieses Kontingenz Platz greifen. Die Militär-Konvention mit dem Großherzogthum Hessen endlich weicht infolge der Zusammensetzung der übrigen Konventionen ab, als sich in derselben für die hessischen Truppen im Frieden wie im Kriege die Vereinigung zu einer geschlossenen Division garantirt befindet. Außerdem wird durch diesen Vertrag Hessen die Fortdauer der Stellvertretung noch bis Ende 1872, und ein gesondertes Avancement des hessischen Offizierkorps zugestellt, wozegen sich die Zugehörigkeit dieser Division zu der preußisch-norddeutschen Armee durch die in den Fahnenfeld der hessischen Truppen aufgenommene Verpflichtung gegen den König von Preußen und durch eine Reihe von ähnlichen Bestimmungen gewahrt findet. — Der Unterschied in der diesjährigen Rekruteneinstellung mit der früheren Jahre wird als durch die Einrechnung der den einzelnen Truppenkörpern zugestellten Defiziten handeln, in die für jen' bestimmte Rekrutenzahl bedingt bezeichnet, so daß also eine Mehrreinstellung von Rekruten in diesem Jahre durchaus nicht stattfindet. Dem Vernehmen nach wird nachträglich nun doch noch für den Umfang der gesamten norddeutschen Armee eine Winterbeurlaubung von etwa 8 bis 10 Mann pr. Kompanie verfügt werden.

— Die Ernennung des Baron Werther zum preußischen Botschafter ist der "K. B." zufolge in Paris nun offiziell angezeigt worden. Seiner Ankunft in Paris wird in etwa 14 Tagen entgegesehen. Graf Solms bleibt vorläufig auf dem pariser Posten in der früher von ihm innegehabten Stellung.

— Im heutigen "St. Ans" macht der Justizminister Dr. Leonhard Namens der Kommission zur Berathung des Norddeutschen Strafgesetzentwurfs bekannt, daß auch noch im Laufe der Berathung und bis zu deren Abschluß ihre zugehörige Bemerkungen und Gutachten, welche sich auf den vorliegenden Entwurf beziehen, gern entgegengenommen und in sorgfältige Erwägung werden gezogen werden.

Niederlande, 19. Okt. (Tel.) Laut eingegangener Meldung ist Sr. Maj. Brigg Rover am 16. d. in Bigo, Sr. Maj. Schiff "Arkona" an demselben Tage auf Portland-Rhode und Sr. Maj. Schiff "Hertha" am 17. d. in Malta angekommen. Sr. Maj. Schiff "Hertha" ist am 18. d. wieder in See gegangen.

Dresden, 19. Oktober. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer versicherte der Justizminister bei Beantwortung einer Interpellation Biedermann's betreffend den Erlaß eines Bundesgesetzes zur Sicherung der Entschädigung für die bei Eisenbahnunfällen verunglückten Personen, daß auf die durch den sächsischen Gesandten in Berlin gestellte Anfrage erwidert worden sei, im nächsten Reichstage solle ein derartiges Bundesgesetz vorgelegt werden. Biedermann dankt der Regierung für ihre Bemühungen und erklärt sich von der Antwort befriedigt. — Der Vertrag zwischen Sachsen und Preußen wegen Beleidigung der Doppelbesteuerung wurde mit 39 gegen 34 Stimmen angenommen. Ein Zuschaubruch des Abg. Stritt, welcher diese Frage möglichst bald durch die Bundesgesetzgebung geregelt wissen will, wurde mit Einstimmigkeit genehmigt.

Oesterreich.

Wien, 17. Okt. Einem Telegramm aus Kairo zufolge werden dagebst für den Aufenthalt des Kaisers von Oesterreich die umfassendsten Vorbereitungen getroffen; man sieht der Ankunft derselben am 7. oder 8. November entgegen. Der Nilreise des Monarchen bis zum ersten Katarakt soll ein volle Woche (vom 9. bis 16. November) gewidmet werden, worauf die Abreise nach Port Said zu den Feierlichkeiten am Suezkanal erfolgt. — Im Nothen Meer wird nach Gründung des Suezkanals ein österreichisches Kriegsschiff, das Kanonenboot "Marenta", Station machen. — Wie die "Debatte" anzeigt, ist dieselbe am 15. zum letzten Mal erschienen; sie motiviert ihr Aufhören damit, daß die Aufgabe, welche sie sich gestellt habe, durch den Auszug mit Ungarn die Monarchie auf eine Basis zu stellen, welche ihr den Bestand, den Wölfen das freiheitliche Recht zu sichern geeignet ist, erreicht sei. — Nicht nur in Kattaro, sondern auch in den Bezirken von Nagusa soll die Gährung groß sein. Die Truppen sind in Kattaro, Budua und Kastelnuovo konzentriert; in den am Meereseufer gelegenen Dörfern ist die Bewohnerung zwar aufgereggt, verhält sich aber ruhig. Hauptmann Gustav Thömel aus der Militärkavallerie des Kaisers, welcher mehrere Jahre dem österreichischen Generalkonsulat zu Serajevo, dann der Generalstabs-Abteilung in Sarajevo zugetragen war, daher Land und Leute jener Gegend vollkommen kennt, ist mit außerordentlichen und umfassenden Vollmachten zur Herstellung der Ordnung im Kriege Kattaro vorhin abgegangen. Das Benehmen des Fürsten von Montenegro ist fortwährend ein loyales. Den Montenegrinern ist jeder Verkehr mit den Insurgenten aufs strengste untersagt.

Wie Frankreich zu seinen Schulden kam.

Von Dr. A. C. Müller.

(Schluß.)

Die Auszeichnungen, die Ludwig für seinen Hofstaat erfand, um besonders von ihm bevorzugte Personen zu ehren, waren zum Theil wirklich lächerlich, besonders das Privilegium des goldenen Leuchters und das des Patentrockes. Wer nämlich sich der besonderen Gunst Sr. Majestät erfreute und zu den Vornehmsten gleich gehörte, wurde zu den hohen Ehren namentlich berufen, bei dem sogenannten kleinen Schlafengehen des Königs den kleinen goldenen Leuchter zu halten. Der Patentrock aber erinnerte gar zu sehr an die alttestamentliche Geschichte von Joseph und seinen Brüdern: "Israel hatte Joseph lieber denn alle seine Kinder . . . und machte ihm einen bunten Rock". Die Patentrocke (les casques bleus) waren blau mit rothem Kürzer und nach dem Muster von den Kleidern des Königs gearbeitet, mit Gold und Silber gestickt (brodees d'or et d'argent). Neben diesem Rock hing ein bandrier (Wehrgehänge), welches den Degen trug. Das Recht diese Röcke zu tragen hatten nur sehr wenige Leute, außer dem König und seiner Familie nur die Prinzen von Gebült und diejenigen Herren, die der Monarch ganz besonders ausgezeichnet und ehren wollte. Die Zahl der Patentrocke war fest bestimmt und ebenso wie einen Sit in der Academie konnte man einen solchen Rock nur erlangen, wenn einer "erledigt" war und auch dann nur durch einen besonderen Gnadenbrief oder Patent, wovon der Name habit à brevet. Man drängte sich nach der Ehre des bunten Rockes — den, nebenbei gesagt, der König selbst nie anlegte — und doch verließ derselbe im Grunde genommen nur sehr geringe Vorzüge. Wer ihn befaßt, durfte den König, ohne besonders dazu befohlen zu sein, auf den Promenaden zu Versailles begleiten — man denke!, er durfte den Rock bei Halbtrauer tragen und hatte das Recht, Gold und Silber an den Kleidern zu haben, wenn dies Anderen verbot war.

Je älter Ludwig wurde, desto mehr stieg sein Gefallen an solchen Prunk und seine Eitelkeit. Abgesehen davon, daß er im Laufe der Zeit neue Chargen für seine persönliche Bedienung geschaffen hat, wie die des Grandmaître de la garde-robe, so suchte er jede Gelegenheit zu prachtvollen Ceremonien und Aufzügen, wobei ihm Frau von Maintenon freundlich half, die z. B. die Sitte erfand, Ordensgeneral mit denselben Titeln zu empfangen, wie die vornehmsten Gesandten fremder Staaten. Diese Ceremoniensucht führte aber kurz vor Ludwigs Tode zu einer ergötzlichen Geschichte, die den Selbstherrscher nicht sehr erbaut haben mag.

Eines schönen Tages nämlich entstand in Paris das Gerücht, daß ein persischer Gesandter erscheinen würde. Warum? zu welchem Zweck? das wußte Niemand. Der Baron von Breteuil erhielt den Befehl, den Gesandten zwei Meilen vor Paris feierlich und mit der größten Pracht zu empfangen. Das geschah, die arme Baron wurde aber in dem persischen Quartier ziemlich hochmuthig aufgenommen und der Herr Gesandte betrug sich so toll, albern und seltsam, daß man nicht recht begreifen konnte, was dieser Gesandte eigentlich sollte oder wollte. Enden diese Sonderbarkeiten zogen aber die Damen außerordentlich an, die ihr von früh bis spät besuchten und sogar vor ihm tanzten, um ihn zu unterhalten. Der König selbst gewährte ihm eine feierliche Audienz, bei welcher er im höchsten Prunk erschien, sämmtliche Edelsteine der Krone trug und außerdem angeordnet hatte, daß der ganze Hof im höchsten Glanze und mit der größten Pracht zugegen sein sollte. Der Perse machte dem König Geschenke, aber man staunte über ihre Geringfügigkeit, denn ihr Wert betrug kaum tausend Thaler, und bald entstanden im Publikum allerlei Gerüchte, daß der Gesandte keineswegs echt, sondern ein Betrüger wäre, der mit Hilfe des französischen Gesandten in Konstantinopel aus der Gefangenschaft entwischt sei. Und so war es: Der Gesandte war — ein portugiesischer Jesuit, der sich in den verschiedensten Ländern der Welt umhergetrieben und auch Persien genau kennen gelernt hatte, dann längere Zeit in Konstantinopel gefangen gewesen und endlich durch die Mitglieder des Ordens befreit war, um den König zu dupliren.

Offenbarlich ließ Ludwig durch die Minister behaupten, daß der Fremde wirklich vom persischen Hofe gekommen wäre, aber der Umstand, daß Ludwig ihm keine zweite Audienz gewährte und nicht wieder von ihm sprach, erregte gerechte Bedenken gegen diese offizielle Angabe, um so mehr, als sich von einem mit ihm geschlossenen Handelsvertrag nicht die geringsten Folgen zeigten. Der Gesandte reiste endlich ab, angeblich, um über Italien nach Persien heimzulehren, doch sah man ihn noch lange in Kopenhagen, Berlin und in Hamburg, bis er endlich spurlos verschwand. Dem Könige hatte dieser Scherz eine hübsche Summe kostet, denn für den Verbrauch des Persers waren täglich 100 Louisdor gezahlt worden, die Reisekosten von Marseille nach Paris hatten sich auf zehntausend Thaler belaufen und die Herstellung eines Badezimmers für die orientalische Größe hatte zweitausend und fünfhundert Thaler erfordert.

In Geldsachen nahm Ludwig es überhaupt nicht genau; die Millionen flögen nur so zum Fenster hinaus, besonders für Bauten und Feste. Manche dieser Gebäude waren freilich nützlich und nothwendig, so das große Hos-

pital zu Paris, das Observatorium, das Invalidenhaus, das Etablissement zu St. Cyr, die Beughäuser zu Brest, Toulon, Rochefort, und um di. Verbesserung der Straßen erward er sich anerkenntswerte Verdienste, aber Vieles wurde unmäßiger Weise gebaut und verschlang theilweise unerhörte Summen, besonders seine Lustschlösser, die das Unglaubliche vermöchten und zu unglaublichen Nachahmungen, besonders in Deutschland Veranlassung gaben. Es gab in Frankreich Orte genug, wo in Folge der natürlichen Reize mit geringen Mitteln sich die schönsten Anlagen hätten schaffen lassen, aber der große König wollte zeigen, daß selbst die Natur sich ihm unterordnen müsse, daher aus dem Nichts Alles zu bilden vermöge, möchte der Wohlstand der Nation auch immerhin dabei zu Grunde gehen. St. Germain zeichnete sich aus durch einen schönen Wald, prächtige Bäume, fruchtbare Böden, reizende Aussichten und treffliche Quellen, die zu Wasserwerken aller Art leicht verwendet werden konnten. Mit geringen Kosten und ohne Mühe hätte sich hier der herrliche Lustort schaffen lassen, statt dessen aber wählte der König Versailles, dem alle jene Vorzüge fehlten und das ohne Bäume und Wasser der nahen Sumpfe wegen in ungünstiger Gegend lag. Desto mehr Gelegenheit fand sich freilich, die Natur zu korrigieren. So wurden denn die Sumpfe mit Kies bedekt, das Wasser aus der Ferne herbeigeführt und kolossale Gebäude für die Orangerie, für Pferde und für Viehfutter erbaut und kostbare mit dem höchsten Glanze und den unglaublichesten Ausgaben geschaffen, und doch schied es an einem brauchbaren Schauspielssaale. Trianon, ursprünglich ein kleines Haus bei Versailles, verwandelte sich in einen reizenden Palast mit den schönsten Parkanlagen und Springbrunnen, denen leider das Wasser so spärlich zufiel, daß der König den Fluß Eure, zwischen Chartres und Maintenon, durch einen Kanal (Kanal de Maintenon) nach Versailles leiten ließ, ein Unternehmen, das fabelhafte Summen Geldes und viele Menschenleben kostete, denn die Soldaten mußten nach dem Frieden von Rywick an dieser Wasserstraße arbeiten, erkrankten vielfach durch die ungefundene Ausdünnungen des Bodens und verloren durch ansteckende Krankheiten ihr Leben. Peu importe! In dem Lager, welches selbst die höheren Offiziere nicht verlassen durften, wurde es streng verboten, von den Kranken und Todten auch nur zu reden, und Ludwig freute sich seiner schöpferischen Kraft, die dem toden Boden Leben abgewann, das mit dem Untergange seiner Unterthanen erkaufte ward. Noch theurer, als die genannten Orte, kam ihm das berühmte Marly zu stehen, ein armliches, unbedeutendes Dorf in einem engen, von jähn Anhöhen eingeschlossenen Thal zwischen unzugänglichen Sumpfen. Hier lag eine Riesenarbeit vor; die Sumpfe mußten ausgetrocknet, Erde mußte herbeigeschafft, alles erst neu angepflanzt werden. Ein Haus wurde dort auf-

Neuerdings ist auch die Waffen- und Munitionsausführung nach Montenegro untersagt worden.

Prag, 16. Okt. Die tschechischen Blätter melden, daß Dr. Rieger mit Palachy nach Nizza reise; letzterer sucht krankheitshalber diesen Kurort auf. — In Klattau sind aufreizende Plakate gegen die Jesuiten-Mission gefunden worden. — Der Ausgleichsbewegung gegenüber verhalten sich die tschechischen Blätter beobachtend. „Pofot“, das Organ der Altzechen, meint, die Situation müsse sich noch mehr klären, ehe man über den Inhalt des „weisen Blattes“, das die Friedens-Präliminarien mit der deutschen Partei in Böhmen enthalten soll, sich in nähere Verhandlungen einlassen könne. So viel gesteht aber auch der „Pofot“ bereits ein, daß sich die „vernewerte Landes-Ordnung von 1827“ zu einer Grundlage für die Verständigung nicht eigne, die Bewohner Böhmens beider Nationalitäten seien in der Mehrheit hierzu zu freisinnig. Der „Pofot“ stellt die für die Parteiverhältnisse in Österreich charakteristische Forderung, daß jedem Worte von politischer Bedeutung wenigstens eine soziale Rehabilitation der Czechen vorausgehen müsse. „Es muß, heißt es, eine öffentliche Kundgebung erfolgen, welche bekannt, daß die Czechen, wenn sie auch anderer politischer Ansicht sind, doch anständige Leute sind, denen durch drei Jahre in Österreich Unrecht widerfuhr.“ Wenn dieses öffentliche Bekennen Österreich schwer fällt, so ist es uns, die wir keine Schuld begangen haben, geradezu unmöglich, uns einzubringen: „wir können warten“ — selbst vor der Thür.“

Pest, 16. Okt. Heute ist das Unterhaus wieder zusammengetreten: Präsident v. Somfay eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsrede, in welcher er das Haus aufforderte, mit der Zeit zu sparen und die Regierung erlaubte, ihre Vorlagen rechtzeitig anzumelden. Am Montag soll das Einnahme-Budget für 1870 zur Vorlage kommen. In dem Finanzexposé soll Herr v. Lonyay leider die wenig erfreuliche Thatsache zu konstatieren haben, daß die Steuerrückstände in Ungarn oder richtiger an Ungarn 53 Mill. Gulden betragen.

Kattaro, 19. Okt. (Tel.) Aus Nisano wird vom heutigen Tage gemeldet: Die Truppen erstiegen unter dem Schutz einer Batterie ohne Kampf die Höhe von Zodenici. Die Bergschäfte und die Raketen bestreichen bereits die jenseitige Berglehne.

Schweiz.

Bern, 16. Okt. Bekanntlich hat die Regierung des Kantons St. Gallen sich darüber beim Bundesrat beschwert, daß zwei dortige Bürger, die früher württembergische Untertanen gewesen, vor der württembergischen Militärverwaltung selbst unter Androhung des Vermögensbeschlagnahme verhälten werden wollten, in ihrem früheren Vaterlande der Wehrpflicht zu genügen, da sie Familienverhältnisse wegen dort wieder zeitweilig ihren Wohnsitz genommen hatten. Der Bundesrat hat nun in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, den Gefanden in Deutschland anzuweisen, die königl. württembergische Regierung um Untersuchung des Sachverhalts und Auskunft anzuzeigen, sowohl für den Fall, daß die von den Vertretern der Regierung von St. Gallen gemachten Angaben sich bestätigen sollten, nachdrücklich Einsprache gegen ein solches Vorgehen zu erheben. — Der Vorsteher des eidg. Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Küsel, ist ermächtigt, mit den Vertretern von Baden einerseits, von Bayern, Württemberg und Hessen südlich des Mains andererseits, betreffend Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums, analoge Verträge zu unterhandeln und abzuschließen.

Frankreich.

Paris, 17. Okt. Der Kaiser hat aus seiner Kassette für die Opfer von Aubin eine namhafte Unterstützung bewilligt und Befehl gegeben, daß für die Wittwen und Waiften gesorgt werde. — Die Kaiserin hat vom Sultan die Ermächtigung erhalten, daß sich neben dem Berge David (Palästina) befindende Terrain anzukaufen, auf welchem sich das Grab der h. Jungfrau befinden soll. Sie bezahlt dasselbe mit 20,000 Fr. — Wie verlautet, wird der König der Belgier in Compiegne erwartet, wo er zwei Tage verweilen soll. — Raipail ist der einzige Deputierte, der noch nicht bestimmt der Oktober-Manifestation entsagt hat. Seine Lyoner Wähler haben ihm nun in einem offenen Briefe erklärt: „Die unterzeichneten Wähler des ersten Wahlbezirks der Rhône sind der Ansicht, daß es klug wäre, wenn ihr Vertreter sich am 26. Oktober von der Theilnahme an einer Kundgebung fern hielte, die sie für ein Manöver gegen die Demokratie halten.“ — Die Verwundung des Fürsten Metternich soll dem Kaiser sehr nahe gegangen sein. Derselbe ließ einen Attaché des Ministeriums des Äußern nach dem Schlosse der Frau von Bussières senden, um genaue Kenntnis von dem Zustande des Verwundeten zu erhalten. Der Kaiser von Österreich hat sich auch nach dem Besinden des Fürsten erkundigen lassen. Uebrigens soll der Fürst, welcher am 10. oder 11. Oktober in Wien war, von seinem Souverain die Ermächtigung, sich zu schlagen, erhalten haben. Unter diesen Umständen wird derselbe wohl Botschafter in Paris bleiben. Die Fürstin Metternich befindet sich am Krankenbett ihres Gemahls. Sie wurde per Telegraphen dorthin berufen.

— **Dem Projez der Ruhesöder von Belleville vom vergange-**

nen Juni ist gestern das Urtheil gesprochen worden. Die Geschworenen hatten auf 30 Fragen zu antworten; ihre Berathung dauerte 2½ Stunden. Sechs Angeklagte, Biassie, Baude, Raymont, Audiot, Lissot und Serreau wurden freigesprochen; sieben unter Bulauung mildender Umstände für schuldig erklärt. Von diesen Letzteren wurden Carlers, Dowry und Essoffie zu drei Jahren Gefängnis und 200 Frs. Strafe, Schwarz zu zweit Jahren Gefängnis, Bructard, welcher von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen worden war, zu sechs Monat, Lepié und Creuznach zu zweit Monat Gefängnis verurtheilt. Die Bertheiliger und die Geschworenen haben auf der Stelle ein Begnadigungsgesuch aufgesetzt, welches morgen in Compiegne überreicht werden soll.

Spanien.

Madrid, 16. Okt. Der Aufstand ist, auch nachdem Valencia von den Regierungstruppen genommen worden ist, noch keineswegs erdrückt. Auf dem einen Punkte werden die Insurgenten geschlagen, auf 10 anderen Punkten erheben sie ihr Haupt. Ja Katalonien, Granada, Andalusien und Aragonien, dauern die Kämpfe fort; ja in Madrid selbst ist die Furcht, die Aufständischen könnten die Stadt in Brand stecken, sehr groß. Wenigstens läßt die Regierung die von einigen Droguenhändlern ihr gemachte Mittheilung verbreiten, daß in jüngster Zeit ungewöhnlich viel Terpentinöl verkauft worden sei.

Italien.

Florenz, 18. Okt. (Tel.) Der König wird am nächsten Kreitag in Florenz erwartet. — Der Ministerpräsident, Graf Menabrea, welcher sich nach Turin begeben hatte, um die Anordnungen des Königs in Betreff der gegenwärtigen Ministerkrise entgegenzunehmen, ist heute Abend von dort wieder abgereist. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts, außer dem Minister des Innern, Ferraris, haben sich dafür ausgesprochen, daß das Parlament wieder eröffnet und nach der Annahme des provisorischen Budgets aufgelöst werden solle. Ferraris will, daß die Regierung vor die Kammer mit einem Programm hentrete, durch welches sie voraussichtlich die Majorität gewinnen würde und erst dann zur Auflösung des Parlaments schreite, wenn sie dennoch eine Niederlage erleiden sollte. „Diritto“ glaubt, daß der Minister des Innern zurücktreten werde. — Der Präfekt von Neapel, Audini, wird in Florenz erwartet, die Ankunft desselben wird als mit den Veränderungen im Ministerium zusammenhängend bezeichnet. Die „Opinione“ meldet, daß das Portefeuille des Justizministers Biglanti, das des Ministers des Innern Audini angeboten werden würde.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Okt. Die Agitation wegen Freilassung der Gefangenen Jenier ist als beendet zu betrachten, nachdem auch das Unterhaussmitglied Mr. Moore und der O'Donoghue ihren Landsleuten brieflich gerathen haben, jede Preston auf die Regierung in dieser Angelegenheit zu unterlassen. Mr. Moore hatte sich zuerst mit heftigen Reden der Agitation angeschlossen, jetzt lenkt er ein, indem er erklärt, daß er der Regierung keine Verlegenheiten bereiten wolle. — Die beschäftigungslosen Armen Londons haben in einem Meeting beschlossen, die feierliche Eröffnung des Biadukts von Holborn nach der Blackfriarsbrücke durch die Königin zu einer Demonstration zu benutzen: um aber eine Störung der Ruhe zu vermeiden, soll sich eine Anzahl von ihnen als Spezial-Konstabler einschwören lassen.

— Sir Moses Montefiore hat sich in Uebereinstimmung mit einem Besluß der Vertretung der britischen Judenschaft (Board of Deputies of British Jews) bereit erklärt, demnächst nach Paris zu reisen und persönlich mit dem Fürsten Karl von Rumänien über die bedauerlichen Zustände der Juden in Rumänien zu konferiren. Sollte Fürst Karl Paris vor Ankunft Sir Moses Montefiores verlassen haben, gedenkt dieser, ihm zu folgen.

Rußland und Polen.

— „Wiesli“ und „St. Petersb. Wied.“ thelen mit, daß den Juden in Petersburg am 19. v. M. die Erlaubnis ertheilt worden ist, sich eine eigene Synagoge in Petersburg zu erbauen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopol, 15. Okt. Die Pforte hat mit dem Comptoir d'Escompte in Paris eine Anleihe im Betrage von 16 Millionen Taleraten abgeschlossen. Von der Est (der ehemalige Konzessionär der türkischen Bahnen) hat von der Pforte eine Entschädigung von einer halben Million (Plaster?) erhalten.

Vom Landtage.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 19. Oktober. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerisch Graf Galenburg und Reg.-Komm. Persius.

Der Antrag Becker's, betreffend die Auflösung der Reallasten bei geistlichen u. Institutien wird einer besonderen Commission von 14 Mit-

gliedern überwiesen. — Auf Antrag des Abg. Müller wird die Justizkommission, welcher der Gesetzentwurf, betr. die Gebühren der Rechtsanwälte in den Bezirken Kassel, Kiel und Wiesbaden, überwiesen ist, um 7 Mitglieder verstärkt werden, mit besonderer Rücksicht auf die betreffenden Landesteile.

Die Vorberathung der Kreisordnung wird fortgesetzt. Von dem Abg. Losker ist folgender Antrag eingegangen: Das Haus der Abg. wolle beschließen, in der Erwartung, daß die Special-Diskussion die Übermeilung erheblicher Punkte der Kreis-Ordnung zur Vorberathung in einer Kommission vor der Beschlusssfassung im Plenum nothwendig machen wird, in Rücksicht auf Beiterparish zwar in die Spezialvorberathung der Kreis-Ordnung einzutreten, jedoch schon nach dem Schluss der Generaldebatte die Wahl einer Kommission von 21 Mitgliedern anzordnen und dieselbe mit der Vorberathung derjenigen Punkte der Kreisordnung zu beauftragen, welche das Plenum demnächst einer Kommission zu überweisen beschließen wird.

Abg. Florschüür (gegen die Vorlage): Ich muß mich gegen die Voraussetzung der Regierung vertheidigen, daß in Rheinland und Westfalen ein dringendes Bedürfnis zur Abänderung der Kreisordnung sich nicht herausgestellt hat, zumal ich von dem Wunsche, diese Kreisordnung auf jene Provinzen ausgedehnt zu sehen, nichts Erfreuliches erwarten kann. Ob sie die Rheinländer befriedigt, mögen die Rheinländer selbst beurtheilen; für Westfalen aber muß ich für eine solche Bescheerung ganz entschieden bedenken, obgleich dort das Bedürfnis gewiß ebenso entstanden vorliegt wie nur irgend in einer der östlichen Provinzen (Zustimmung links). Hat ein westfälischer Provinziallandtag das Gegenheil behauptet, so beweist das nur, daß eine solche der Verfaßung widersprechende Körperhaft am Allerwenigsten geeignet ist, die wahren Interessen einer Provinz ans Licht zu fördern. In der That ist 1861 ein solcher Besluß zu Stande gekommen, aber es waren die beiden ersten Stände, die früheren Reichsunmittelbaren und die Ritterschaft, die ihn mit einer Majorität von 1 bis 2 Stimmen votierten. Auch wir haben jene armeligen Kreistage, wo vielleicht außer gutem Essen und Trinken nichts Gescheites zu Tage gebracht wird (Heiterkeit). Auch wir haben jene Vorzugsung der Ritterschaft. Alles ist in die Omnipotenz der Landräthe gegeben, die an der Hand der dortigen Gemeinde-Ordnung nach Belieben schalten und walten können, die mit diesem Apparat jede Beeinflussung und Bevorzugung möglich machen können. Das wird doppelt drückend in Westfalen empfinden, das früher einer solchen landräthlichen Satrapie nicht unterworfen war, wie sie ihm unter den Auspizien der gegenwärtigen Regierung zu Theil geworden. Dazu die blühende Entwicklung unserer Provinz, welche uns eine Verwaltung unerträglich macht, die sich in Alles mischt. Alles besser weiß, Alles ihrer Schablone anpassen will. Und das ist zugleich der Grund, warum wir uns auch für eine Kreisordnung, wie die vorgelegte, bedanken. Eine solche Kreis-Ordnung, nach bureaucratisch-aristokratischer Schablone zugeschnitten, die neben einem Scheine von Selbstverwaltung die ganze landräthliche Autokratie beibehält, ja zum Theil noch ausdehnt, die können wir allerdings nicht gebrauchen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg. Der Regierung kam es zunächst darauf an, in der Generaldebatte zu hören, wie die in dem Entwurf und den Motiven niedergelegten Gesichtspunkte von den verschiedenen Parteien des Hauses aufgenommen würden. Ich werde deshalb nur einige Gründe für das angeben, was für die Regierung bei der Ausarbeitung des Entwurfs maßgebend war; zuerst dafür, warum die Regierung nur für die sechs östlichen Provinzen und nicht für die ganze Monarchie eine Kreisordnung vorgelegt hat. Der Wunsch nach einer Kreisordnung für die ganze Monarchie ist auch in der Regierung lebendig, allein ihr kam es hauptsächlich darauf an, zuerst das Bedürfnis da zu befriedigen, wo es am dringendsten auftrat, und zugleich ein Gesetz zu Stande zu bringen, in welchem die Prinzipien der Kreisordnung, die Grundsätze der Selbstverwaltung und die Basis für die Neorganisation der Staatsverwaltung ihren bestimmten Ausdruck finden. Hätte die Regierung das Gesetz zugleich auf alle übrigen Provinzen der Monarchie ausgedehnt, so würden sich die Bedenken, die sich gegen einzelne Bestimmungen unzweckhaft auch in den 6 östlichen Provinzen erheben werden, so bedeutend vermehren, daß die Bewältigung derselben kaum vorauszusehen, vielmehr auf ein Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session sicherlich nicht zu rechnen wäre. Schon innerhalb der 6 östlichen Provinzen ist die Verschiedenheit der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung, der historischen Entwicklung der Verhältnisse so mannigfach, daß es einer gewissen Resignation bedürfen wird, um alle diese Verhältnisse unter einen Hut zu bringen. Die Bedenken aus dem einen Landesteile, für den die Kreisordnung proponirt ist, werden nicht ausbleiben; wolle man aber Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Hessen, die Rheinprovinz auch in dieselbe mit hineinziehen, so würde die Zahl der Bedenken zu einer solchen Unzahl anwachsen, daß sie in einer Session nicht zu bewältigen wäre. Dies ist der Grund, warum die Regierung den Entwurf nur für die 6 östlichen Provinzen proponirt hat, vorbehaltlich bleibt aber und zwar für die kürzeste Frist, die in dieser Kreisordnung niedergelegten Grundätze, sofort und ohne Verzug auf die neuen und westlichen Provinzen auszudehnen, soweit die Spezialverhältnisse derselben es vertragen. Wenn also über diese Kreisordnung von den Angehörigen jener Provinzen mit abgestimmt wird, so mögen sie sich immer vergegenwärtigen, daß sie damit die Grundsätze vereinbaren, die sich für ihre Provinzen eignen. (Bewegung links.)

Eine zweite Einwendung ist gegen die isolirte Vorlegung der Kreisordnung ohne Gemeinde- und Provinzial-Ordnung gemacht und namentlich von dem Abg. Miquel begründet worden. Eine hiesige Zeitung referirt über die Sonnabend-Sitzung: „Der Minister Graf Eulenburg und sein Kommissar Persius haben der Debatte mit tiefstem Schweigen beigewohnt, stellvertretlich betroffen von der mit Keulenschlägen treffenden Kritik Miquels.“ (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, hr. Miquel hat keine Keulenschläge führen wollen und ich habe mich von keinen Keulenschlägen getroffen gefühlt; aber eine Auseinandersetzung bin ich ihm schuldig. Auch in dieser Beziehung ist der Wunsch, in dieser Session etwas zu Stande zu bringen, wesentlich bestimmt gewesen, um von der Vorlegung einer Gemeinde- und Provinzial-

ben nach Frankreich kam, wurde er sehr freigiebig aufgenommen und erhielt das prächtig eingerichtete Schloß von St. Germain zum Wohnsitz und nebst seiner Gemahlin viele Geschenke an Geld, Edelsteine, Silber und kostbarem Stoffen. Beim Eintritt in ihre Zimmer fand die Königin von England auf ihrer Toilette einen Beutel mit 10,000 Louisdor, dem König Salob selbst aber wurden jährlich 600,000 Livres zum Unterhalte gegeben.

Eine einzige Reise Ludwigs nach Versailles z. B. kostete 200,000 Livres; einmal mußte Colbert blos für Spielgelder 13,000 Louisdor, für Tafelgelder 50,000 Livres schaffen. Die Kosten des Marstalls beliefen sich jährlich auf 200,000 Livres, für jede Compagnie der Garde du Corps wurden 64,000 Livres, für jede Compagnie der Gendarmes und der Cherauglegers 100,000, für Musikerungen und Quartiergeld gegen 500,000 Livres verbraucht, und einige Besitztheile nahmen, wie Colbert rügte, 300,000 Livres in Anspruch.

Alle Vorstellungen, die dieser Minister gegen die rasende Verschwendung erhob, blieben fruchtlos, ja mehr als einmal war er nahe daran, sich die Umgabe des Königs dadurch zuzuziehen. „Ich weiß, wie meine Sachen stehen und was nötig ist; ich befehle, und Sie vollziehen. Mehr verlangt ich nicht“, das war die bezeichnende Antwort Ludwigs, und danach handelte er. Es ging denn auch, wie es eben ging. Millionen wurden in ungerechten Kriegen, unnützen Kosten und an unwürdige Günslinge und Maitresses vergeben, während das Land unter der Last unerträglicher Steuern leidete, und hätte ein Mensch es darauf abgesehen gehabt, Frankreich zu ruinieren, er hätte es nicht besser thun können, als dieser Vater des Vaterlandes, der bei seinem Tode eine Schuldenlast von neinhundert Millionen Thalern hinterließ.

Die Militärs waren fast voll; sein Nachfolger bemühte sich, die Summe rund zu machen, und unter der Regierung Ludwigs XV. stieg die Schuldenmasse der großen Nation auf die Kleinigkeit von viertausend Millionen Livres.

Wieviel die folgenden Regierungen bis zum Kaiserreich Napoleons III. hinzugefügt haben zu dieser interessanten Zahl, das ist bekannt; wohn die Schulden aber schließlich führen sollen und müssen, das weiß Niemand.

gescuert, wo man einige Male jährlich übernachtete und wohin nur die vornehmsten Höflinge die Majestät begleiten durften, eine Ehre, um die sie noch erst besonders am Abend vor der Abreise bitten mußten: Sire, Marly! Dann wurden die Anlagen erweitert, Höhen gebaut, Hügel abgetragen, neue Gebäude errichtet, Gärten, Parks, Waldungen, Wasserfälle, Statuen hergestellt und große Bäume vom Compiegne und noch aus weiterer Ferne geholt, von denen die meisten eingingen, aber immer wieder durch neue erzeugt wurden. Große Strecken von Gehölzen und dunklen Alleen wandelte man plötzlich in ungeheure Leiche, und diese eben so schnell in dicke Wälder um, wo man in dem Augenblide, da sie angelegt wurden, das Tageslicht nicht mehr erblicken konnte. Ich rede, seit der Berichterstattung, der Herzog von Simon, hinzu, als Augenzeuge von dem, was ich in sechs Wochen gesehen habe. Hundertmal wurden die Fontaines und Wasserbecken verändert, die Behälter für Karpen mit Vergoldungen und den schönen Malereien verziert, und wenn sie kaum fertig waren, wieder umgedreht. Diese Verschwendung des Königs darf uns nicht nur dornen, wenn wir hören, daß selbst seine Minister und Räthe enormen Aufwand machen, wie denn, um nur ein Beispiel für viele anzuführen, das Palais und die Gärten des Ministers Bouquet achtzehn Millionen gelöst hatten!

Zu diesen Bauten kamen glänzende und kostspielige Feste aller Art in ununterbrochener Reihenfolge, Schauspiele, Opern, Balletts, Karousells, Schlittenfahrten, Feuerwerke, Konzerte, Jagden, Aufzüge und Spiele. Bei der Vermählung des Königs selbst wurden zahlreiche Feste gegeben, die Wochen hindurch dauerten, ebenso bei der Hochzeit seines Bruders mit Henriette von England, die Schwester seines Karl II. Stuart, der wie alle Stuarts und wie die Bourbons aus der Weltgeschichte nichts gelernt hatte, und als nun gar die bekannte Louise de la Valliere die Liebe des Königs gewonnen hatte, gab der Monarch ihr zu Ehren die glänzendsten Feste. So 1662 ein Karoussel gegenüber den Tuilleries, in welchem fünf prächtige Quadrillen austraten. Der König kommandierte die Römer, sein Bruder die Perser, der Prinz von Condé die Türkene, und der Herzog von Enghien, dessen Sohn, die Indianer, während der Herzog von Guise die Amerikaner führte. Zwei Jahre später war das berühmte Karoussel von Versailles, wobei der König in Ritterkleidung mit einem Gefolge von sechshundert Begleitern erschien, die nebst ihrer Dienerschaft z. B. von ihm bewirktet wurden. Vor den Rittern schritten die Waffenhörde, Pagen und Stallknechte, welche Waffen, Schilder und Denzen trugen; der König trug sämtliche Kron diademant und selbst sein Pferd war mit Edelfleinen bedeckt. Die Königin und dreihundert Damen saßen unter festlichen Triumphbögen als Bu-

Ordnung abzusehen. Ich hatte ursprünglich die Absicht, eine Gemeinde-Ordnung vorzulegen, sie ist auch zum Theil ausgearbeitet, ich bin aber von dem Gedanken, diese Absicht zu effektuieren, zurückgekommen. Dr. Miquel irrt, wenn er den Mangel einer Gemeinde-Ordnung in dem Sinne hervorhebt, daß er sagt, es existiere kein Gemeindeleben auf dem flachen Lande der sechs östlichen Provinzen. Was uns fehlt, ist eine kodifizierte Gemeinde-Ordnung; aber diesen Gemeinden, die diesen Namen bei uns verdienen, — ich gebe zu, daß es einige kleine Gemeinden giebt, die einer Aufsicht bedürfen — haben ein sehr reges Bewußtsein der Verpflichtungen, die ihnen obliegen und sie haben sich in die Art und Weise, wie diesen Verpflichtungen nachzukommen sei, so hineingelegt, daß von einem Mangel an gesetzlichen und Gewohnheitsbestimmungen nicht die Rede ist. Unter kommunales Leben auf dem Lande ist ein äußerst lebendiges, das werden mit die Herren bezogenen, die dies aus der Nähe haben beobachten können. Hätte ich eine Gemeinde-Ordnung vorgelegt, die mehr zum Nutzen der dieselben handhabenden Behörden, als der Gemeinden gedenkt hätte, wäre dieselbe zuerst zur Beratung gekommen. Über die Prinzipien der Gemeinde-Ordnung wären aber sicher noch mehr Differenzen entstanden, als über die der Kreisordnung; im glücklichen Falle wäre die Gemeinde-Ordnung zu Stande gekommen, weiter aber nichts. Und doch hatte ich das Zustandekommen der Kreisordnung für ein dringenderes Bedürfnis, als das der Gemeinde-Ordnung, zumal mit Rücksicht darauf, daß in einer Kreisordnung sich Prinzipien für die Gemeinde- und Provinzialordnung niederlegen lassen, was ja auch hier geschehen ist, in einer Gemeinde-Ordnung aber Prinzipien für die Kreis- und Provinzialordnung keinen Platz finden. Diese Gründe haben mich bestimmt, von Vorlegung einer Gemeinde-Ordnung abzugehen. Das sie sofort folgen wird, sobald in Bezug auf die Kreisordnung bestimmte Beschlüsse gefaßt sind, versteht sich von selbst.

In Bezug auf den Entwurf will ich nur von der Zusammensetzung der Kreisvertretung und dem Institut der Amtshaupläute sprechen. Die Frage, woher werden wir die Amtshaupläute nehmen, hat auch mich lange beschäftigt und mir eigentlich das meiste Kopfschreien gemacht. Aber mein Vertrauen, daß man Amtshaupläute finden wird, gründet sich auf Ausuerungen in diesem Hause selbst, die bei der Forderung der Selbstverwaltung durch Ehrenämter doch von der Voraussetzung ausgegangen sein müssen, daß es auch Leute gibt, welche sie übernehmen. Sie sagen ja immer, Sie ständen den Verhältnissen näher, als ich jetzt. Haben Sie aber die Überzeugung, daß wir keine Leute finden, die nicht blos vorübergehend, sondern dauernd sich den Staatsinteressen und dem Staatsdienste widmen, dann ist das Institut falsch; aber Sie haben so oft und so bestimmt versichert, man möge nur Vertrauen zum Volke haben, es würden dergleichen Ehrenämte vorhanden sein, daß ich nicht habe zögern können, das Institut der Ehrenämter als ein mögliches in den Entwurf aufzunehmen. Finden sich solche Ehrenämte nun nicht, dann fragt es sich, was an die Stelle dieses Instituts zu setzen ist und die Regierung wird nicht verfehlten, einen guten Erfolg in den Entwurf aufzunehmen. — Außerdem könnte man an dem Institut noch aussagen, daß er überhaupt nicht notwendig sei, indem die Kreisverwaltung und Vertretung mit in die Gemeindeverwaltung gelegt werden könne. Schon in früheren Gesetzentwürfen ist ausgeführt worden, wie bedenklich es ist, von der Zwischeninstanz, zwischen Landrat und Gemeinde abzuheben. Auch kann ich mich nicht davon überzeugen, daß eine regelrechte und kräftige Verwaltung sich auf diese Art konstruieren läßt. Ja, wenn in den östlichen Provinzen mehrere Gemeinden zu einer Gesamtgemeinde zusammentraten, warum sollte die Regierung solchem Zugriff entgegenstehen? Aber dieser Zugriff ist nicht da und nichts wäre falscher, als die Gemeinden zu zwingen etwas zu verwirklichen, was sie zur Zeit nicht wollen. Von der Anschauung nun ausgehend, daß die Möglichkeit eines Zusammenschlusses überall vorhanden ist, ist dem Amtshaupläuten eine kommunale Tätigkeit zugewiesen und er als Vorsteher des Bezirks bezeichnet worden, innerhalb dessen die Gemeinden sich zu einem gemeinschaftlichen Wirken zusammenfügen können (§ 41 des Entwurfs). Es ist falsch, hier imperialisch aufzutreten und zu sagen: Ihr müßt! Dadurch lädiert Sie den Begriff der Selbstständigkeit, der freien Selbstbestimmung, der allein die Gemeinden zur Tätigkeit anregt. Aus diesen Gründen glaube ich eben, daß Landrat und Gemeindevorsteher, selbst wenn dieses System sich nach und nach entwickeln sollte, doch erst in fernter Zeit als diesen Organe berufen werden können, die die Verwaltung des Kreises übernehmen und daß es einstweilen eines Zwischenorgans bedarf, das ich in den Amtshaupläuten gefunden habe. — In Bezug auf die Zusammensetzung der Kreistage hat Herr v. Kardorff Recht, daß in der Abmessung der Stimmen zwischen kleinem und großem Grundbesitz ein rechtes Prinzip nicht zu erkennen ist, trotzdem wird aber mit dem im Entwurf gemachten Vorschlag ein exträglicher Zustand herbeigeführt, während mit allen jenen systematischen Theilungen, von denen hier gesprochen ist, ein unerträglicher Zustand hergestellt wird. Mit dem Vorschlag des Entwurfs treffen wir am Richtigsten das, was heut noch lebendig im Volle ist: wir kürzen Vorrechte und verbessern Burückseungen. Sollte irgend etwas proponiert werden, was diesen Gedanken der Regierung besser ausdrückt, warum sollte es die Regierung nicht akzeptieren? Denn ich bin weit entfernt, den Entwurf als das summum sapientiae anzusehen, aber ich kann versichern, daß ich etwas Besseres nicht weiß. — Der Gedanke, den der Abg. Löwe in seiner Rede durchblättert ließ, eine Amalgamierung der Kreismitglieder zu einem einzigen Körper, ohne Rücksicht auf Stand und Besitz den Wahlkörper für die Kreisversammlung bilden zu lassen, ist sicher falsch. Die Wahl selber soll nach dem allgemeinen Wahlrecht stattfinden und der Abg. Löwe nennt das „Berklusung“. Wie läuft sich der Ausdruck rechtferigen? Wenn die Bataillone neben einander gehen, so sind sie geklüftet; laufen sie durch einander, so sind sie keine Bataillone mehr und leisten nichts mehr; ebenso ist es mit den Wahlkörpern, wenn sie diese durcheinanderwerfen. Sie können doch einen Körper, der auf 2 Weinen steht, nicht zerklüftet nennen? (Heiterkeit.) — Herr Birchow meinte, man müßte sich dem ganzen Entwurf gegenüber außerordentlich reservirt verhalten, denn er trage durchaus nur den Stempel einer von der öffentlichen Meinung dem Ministerium aufgedrängten Konzeption und das Ministerium werde sich also wohl hüten, über diesen Swong hinaus irgend einen Schritt weiter zu gehen. Wenn ich sage: Ja, es ist eine Konzeption, liegt darin ein Vorwurf? Hat eine Konzeption überhaupt den Beigeschmack des Verwerflichen? Ich habe immer gedacht, daß ein vernünftiger Konserватismus zur rechten Seite Konzeptionen machen müsse, da er wesentlich darin besteht, Verhältnisse, die entweder an sich gut sind, oder die sich eingelegt haben, so lange zu konserviren, bis es etwas Besseres gibt; daß seine Hauptaufgabe ist, nicht aus Lieblingsansichten auf denselben Standpunkte zu beharren, sondern eine Konzeption zu machen, wo es sie als notwendig oder nützlich ansieht. Auf diesem Standpunkte stehe ich bei der Kreisordnung und sehe darin keine Schwäche und auch keinen Vorwurf. Über Sie (links), Sie begeben sich einmal auch auf das Feld, einem in ihrem Sinne gebotenen forschrittlchen Gelege eine Konzeption zu machen. Sie tun das nicht, Sie häufen Forderung auf Forderung: ich glaube, der Konservatismus befindet sich in einer edleren und nützlicheren Position. (Bravo! rechts.)

Abg. Achenbach (für die Vorlage) als einziger Vertreter Westfalens, der bei den Verhandlungen der Vertrauensmänner das Wort ergriffen, weist den vom Abg. Florckius ausgeprochenen Vorwurf gegen dieselben zurück. Die Motive der Vorlage sagen es ausdrücklich, daß sie mit Zustimmung der Vertrauensmänner aus dem Westen auf den Osten beschränkt worden sei. Redner stellt sich, endete drei Fragen: 1) muß die Kreisordnung ausdehnungsfähig sein auf die ganze Monarchie, ja auf ganz Deutschland, wie einer der Redner gesagt hat? 2) Kann der vorliegende Entwurf so weit ausgedehnt werden? 3) Welche Punkte müssen in Preußen einheitlich geregelt werden und welche nicht? Das Amendingement Oberbeck bejaht die erste Frage. Allerdings ist der Ruf Preußens und dieses Hauses an das Zustandekommen des Werkes geknüpft, aber Preußens Beruf kann es nicht sein, papierne Paragraphen für alle deutschen Lände zu schaffen. Kreisordnungen enthalten Bestimmungen über Gemeinde-, Amts- und Polizeieinrichtungen und es ist ein kühner, verwegener Gedanke, dieselben in gleicher Weise regeln zu wollen für die Bewohner des Ostseestrandes und der schwäbischen Alp. — Die Freiheit großer Nationen beruht in der Gemeinde, in welcher das Volk Selbstständigkeit lernen, über seine Rechte und Pflichten sich klar werden soll. Niemals kann eine Gemeindeordnung Staatschöpfung sein; sie ist vielmehr eine That der Volksgeisthümlichkeit, und wenn ein berühmter Mediziner in diesem Hause der Regierung die Zeugungskraft zur Hervorbringung von Amtshaupläuten prophezeite hat, so spreche ich ihm die Fähigkeit ab, eine gute Gemeindeordnung zu schaffen, wenn sie sich nicht an die provinzialen Eigenhümlichkeiten anschließt. Vor Jahren sprach ein Buch des damaligen Ober-Gerichtsanwalts Miquel über die Verhältnisse im Großherzogthum Göttingen ganz meine Ansichten aus. Dagegen empfiehlt uns der jetzige Abg. Miquel

heute französisches Nivellement. Eine gleiche Kreisordnung für Osten und Westen ist unmöglich, denn die Klassenordnung, die ich in den östlichen Provinzen für nötig halte, verwerfe ich in den westlichen, wo die Industrie in wesentlicher Weise zur Vertretung kommen muß. Ich bin ferner der Ansicht, daß der Kreisausschuß, eine für die Optriven sehr geeignete Institution, bei uns am Rheine nicht ausführbar ist. Nur durch Gerechtigkeit, die wir den konkreten Verhältnissen zollen, werden wir die Sympathien der Süddeutschen gewinnen, die nichts so sehr hassen, als die Bureaucratie. Nichts aber ist burokratischer, als sich über alle berechtigte, individuelle Eigenhümlichkeiten schonungslos hinzuzeigen. (Beifall rechts.) Im Mittelalter war die Gemeinde selbstständig, der Staat hat ihr im Kampfe ihre Rechte abgenommen und erst die Neuzeit sucht ihr dieselben zurückzuerobern. Doch auch das hat seine Grenzen. Denn der Staat soll sich nicht in seine einzelnen Elemente auflösen und es ist eine wichtige Frage, welche Beschlüsse dem Staat verbleiben sollen. Es ist jetzt die Zeit da, wo wir der Regierung nicht passiven Widerstand leisten, sondern Neues mit ihr aufzubauen sollen. Lassen Sie uns diese Gelegenheit beim Schopf fassen. Es mögen sich ja noch weitergehende Bestimmungen schaffen lassen, da wir aber bei unserem Werke der treuen Mithilfe der rechten Seite dieses Hauses bedürfen, so verlangen Sie (nach links) nicht zu viel. Wenn Sie dieser Mitwirkung nicht sicher sind, so werden Sie freiwillige Paragraphen schaffen, aber keine Selbstverwaltung. (Beifall rechts.)

Abg. Wehrenpennig (gegen die Vorlage): Der Abg. Miquel hat durchaus nicht für die Gleichmäßigkeit der Gemeindeordnung gesprochen; er hat nur gesagt, daß wir überhaupt eine Gemeindeordnung haben wollen. Wer ist es denn, der will nicht? Ich glaube, es ist der hr. Abg. Achenbach mit seiner Vertheidigung dieser Kreisordnung. Derselbe hat uns einige Zahlen über den großen Grundbesitz gegeben, und hat sich namentlich an die Provinz Pommern gehalten, wo allerdings der große Grundbesitz unbestritten das Übergewicht hat. Nun, m. H., wo dies Übergewicht in der That vorherrscht ist, da wollen wir es auch in der Vertretung auf dem Kreistage ihm belassen. Aber da, wo es nicht der Fall ist, da wollen wir dies Übergewicht des großen Grundbesitzes nicht künstlich fabrizieren; das wollen Sie, meine Herren! (Sehr richtig!) Herr Achenbach kämpft vom aristokratischen Standpunkte aus, und das ist eben der Punkt, um den es sich handelt: Soll die Selbstverwaltung ein Monopol der Aristokratie oder eine volksthümliche, alle vertretenen Klassen umfassende Einrichtung werden. (Sehr richtig!) Denn wie arbeitet denn ein solcher Kreis? Der Mittelpunkt desselben wird fortan der Kreisausschuß sein. Unsere östlichen Kreise haben im Durchschnitt gegen 50,000 und mehr Einwohner, und zwar auf einem Gebiete von 20—40 Quadratmeilen. In einem Punkte dieses Kreises wird nun der Ausschuß sitzen und wird von da aus seine Verwaltung führen. Bei der Lauf der Verwaltung, die dieser Ausschuß trägt, wird es unvermeidlich sein, daß die einzelnen Mitglieder oft meilenweit nach diesem und jenem Ort zu reisen haben. Ich gebe gerne zu, daß, so lange der heutige Interessengegensatz zwischen dem Rittergutsbesitz und der Landgemeinde fortduert, so lange auch die Landgemeinden in den Ausschuß ihre eigenen Vertreter hineinbringen suchen werden. Aber wenn ein fester Steuermahstab für alle Kreisabgaben festgesetzt ist, wenn ferner alle andern zwischen ihnen existirenden Konflikte — ich erinnere nur an die Schulsteuer — ausgelöscht sind, dann werden die kleineren und mittleren Besitzer sich freuen, im Ausschuß vertreten zu werden von dem großen Grundbesitz, d. h. die Selbstverwaltung des Kreises wird immer mehr eine aristokratische werden. Es mag ja sein, daß dies für England mit seinen großen Grundbesitzern und kleinen Bürgern paßt. Aber bei uns kann ich eine solche Entwicklung auf Grund der verschiedenen sozialen Verhältnisse, auf denen unser deutsches Leben beruht, nicht billigen. Wenn wir nicht 400,000 wohlhabende Bauern und gegen 1 Million von kleineren Besitzern hätten, dann würde ich sagen: organisierten Sie aristokratisch. Aber da dies der Fall ist, so muß ich mich auf das Bestimmteste dagegen erklären, und wenn ein Vorredner den großen Grundbesitz eine Säule des Staates genannt hat, so nenne ich die kleinen Besitzer „die Säulen“ des Staates, und die will ich nicht hinausdrängen lassen aus der Selbstverwaltung des Kreises. Darum legen wir das Hauptgewicht auf die Amtsbezirke, nicht zwar, wie Sie der Entwurf in Aussicht nimmt, sondern etwa in einer Zusammenfassung von 3000 bis 5000 Seelen. Mit der Scheere schneidet man allerdings diese Dinge nicht zurecht, daran denken wir auch nicht. Wir wissen sehr wohl, daß man an geschicklich gegebene Verhältnisse anknüpfen muß, und wenn man uns fragt, wo wir denn anknüpfen wollen, wo denn die gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse dieser von uns beabsichtigten kleinen Bildungen sind, so sage ich: sie werden sich ganz von selber finden. Denken Sie an die Armenverwaltung, an den Begebau, ja selbst an das Unterrichtswesen, es werden da überall neben der Kreisorganisation darüber stehende Lokalinstanzen nötig sein. Wenn die gemeinsamen Interessen jetzt noch nicht da sind, so ist das die Schuld der Staatsregierung und des von ihr begünstigten Feudalismus, der das Interesse hat, jede selbstständige Bildung nach unten hin zu falten zu lassen. Hätte dieser Feudalismus nicht vorgeherrscht, so wäre die Gemeinsamkeit der Interessen schon jetzt da. Hin- den aber wird sie sich auf dem Boden der einzelnen Gemeinde, wie sie sich auf staatlichem Gebiete gefunden hat. Ein Kreis von 40 Quadratmeilen aber ist dazu zu groß. Die Ordnung, die wir hier schaffen, soll zugleich geschaffen werden mit Hinblick auf das große Ganze, auf Deutschland. Aber eben deswegen bitte ich die Vertreter des großen Grundbesitzes, über die Grenzen der Vorlage hinaus und entgegenzutun. Sonst bauen Sie ein Kartenthaus, das wieder zusammenfällt!

Abg. v. Brauchitsch (Elbing) [für die Vorlage]: Gehen Sie (zur Linken) über das im Entwurf Gebotene hinaus, so sind wir (rechts) nicht mehr in der Lage, für denselben stimmen zu können. Wir hätten seit 1866 eine konservative Gesetzgebung erwartet können, — wir haben uns gefügt, wir sind bereit, uns auch jetzt zu fügen und diese Kreisordnung anzunehmen, aber nur so, wie sie da liegt, und auch das nur mit einer Klarheit der Wehmuth. Redner spricht unter großer Unruhe für Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. v. Suldrynski (fast unverständlich) spricht sein Bedauern über die Absicht der Staatsregierung aus, der Provinz Posen in Bezug auf das Institut der Amtshaupläute eine Ausnahmestellung geben zu wollen.

Der Minister des Innern Graf Eulenburg: Niemand kann mehr bedauern, daß ich selber, daß eine solche Ausnahmestellung von der Regierung proklamiert werden muß. Die Regierung ist aber von der Ansicht ausgegangen, daß sie kein Institut schaffen darf, das nicht diejenigen Dienste leistet, welche der Staat von ihm verlangt. Die Amtshaupläute sollen nun Träger sein sehr wesentlicher politischer Funktionen, wesentliche Träger der Polizei in der vollen Ausdehnung des Wortes. Der Staat muß sich daher auf sie verlassen können, als ob er von königlichen Beamten bedient wäre; kann er das nicht, so ist das Institut falsch. Und wenn er in einer einzelnen Provinz sich nicht auf sie verlassen kann, so ist das Institut für diese einzelne Provinz nicht anwendbar. Meine Herren! Die Regierung hat gegen die Provinz Posen niemals auch nur im Geringsten eine feindselige Stellung eingenommen. Im Frühjahr 1863 haben wir nichts gethan, als reprimieren, was wir im allgemeinen Staatsinteresse reprimieren mußten. Ich persönlich habe meinen ganzen Einfluß dahin geltend gemacht, in der Beamenschaft der Provinz Posen den Ton auszurotteten, der eine Zeit lang dort eingerissen war, ich habe mich bemüht, mich auf einen anderen Fuß zu ihr zu stellen, als es leider üblich geworden war. Ich habe verschiedene Male Veranlassung genommen, einzelnen Herren zu zeigen, daß diejenigen Gesetzmäßigkeiten des Wohlwollens und Zuverkommens, wie sie gegen die andren Provinzen vorvalten, auch Posen gegenüber nicht hindringen sollten. Allein etwas ganz Anderes und von den Rücksichten der Kurtoitze und des freundlichen Entgegenkommens Verschiedenes ist der Zweifel, ob die Bevölkerung jener Provinz sich dem preußischen Staatsverbande gegenüber so gerichtet, daß sie der Regierung die Überzeugung geben kann, sie könne in demselben Sinne wie die übrigen Provinzen dem Staat dienen. Und zu meinem Bedauern habe ich diese Überzeugung noch nicht. Ich denke dabei nicht an Einzelne, sondern an die ganze Situation und an das was ich erlebt habe. Ich weiß, es sind dort nur wenige Elemente, die wirklich feindlich agitieren Preußen sich gegenüberstellen; aber es sind sehr viele Elemente dort, die diesen Agitationen entgegenzutreten nicht den Mut haben, die namentlich in Seiten der Eregung in Furcht vor ihren eigenen Landsleuten gegen ihre bessere Überzeugung wenn nicht aktiv, so doch passiv dieselbe befürworten. Und in solche Hände staatliche Funktionen zu legen, halte ich mindestens für in hohem Grade bedenklich. Könnten Sie auf irgend eine erlaubte Weise, die aber mehr sein muß, als eine bloße Sicherung, die Regierung überzeugen, daß Sie ferner sich auf einen anderen

Standpunkt stellen wollen, so daß die Regierung von Posen sagen kann: es ist eine im Wesen und im Verhalten preußische Provinz, so würde ich der Erste sein, der beantragte, diese Ausnahmeparagraphen zu streichen. Dies ist meine Auffassung, die durch keine Art von Voreingenommenheit, sondern nur durch die Beurtheilung vorliegender Thatsachen erworben ist; diese aber stelle ich dem Hause später zu eigener Beurtheilung anheim. (Beifall rechts.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. Oktober.

Von den als Universitätsprofessoren nach Warschau im Jahre 1862 berufenen Lehrern Dr. Weglewski, Przyborowski, Wolfram und Mierzyński, welche bis dahin dem Lehrerseminar des hiesigen Mariengymnasiums angehört hatten, sind, wie der „Dz. Pozn.“ erfährt, die letzteren 3 auch für die neu organisierte Universität auf ihren Lehrstühlen belassen. Dr. Weglewski aber seines Amtes enthoben worden.

Im Provinzial-Taubstummen-Institut befinden sich gegenwärtig 44 Taubstumme aus unserer Stadt und Provinz, darunter 4 Pensionäre; außerdem wird die Anzahl von 6 taubstummen Kindern beobachtet, welche bei ihren Angehörigen in der Stadt wohnen. Ein großer Theil der übrigen taubstummen Kinder unserer Provinz wird durch diejenigen Elementarlehrer unterrichtet, welche sich durch den methodologischen Lehrkursus an der Anstalt zur Erteilung eines derartigen Unterrichts vorbereiten.

Im Rathaus wurde während des vergangenen Sommers Wasserleitung eingebogen und befinden sich gegenwärtig dort 4 Feuerhähne: im Erdgeschosse, im ersten und zweiten Stockwerke und auf dem Boden. Das alte Druckwerk, welches sich früher im Souterrain im Lokal der jetztigen Feuerwache befand, ist auf dem Boden aufgestellt worden, und beobachtete man zuerst, daß dieselbe durch einen Schlauch direkt mit dem dortigen Feuerhahnen in Verbindung zu stehen. Doch war der Druck, welcher durch die Wasserleitung auf die Ventile von unten her ausgeübt wurde, indem sich das Hochbasin bei Bartholdshof mindestens noch 40—50 Fuß höher befindet, ein so starker, daß dieselben den Dienst versagten und es demnach nothwendig wurde, auf dem Boden ein Bassin aufzustellen, und von diesem aus durch einen Saugrohr die Spritze zu speisen. Bei der Probe, welche am Montage stattfand, gelang es, auf diese Weise das Wasser im Thurme bis zu den Uhrscheiben emporzutreiben.

Der Landwehrverein beginnt gestern unter starker Beurtheilung die Geburtstagfeier Sr. K. H. des Kronprinzen in Lamberts Salon, welcher zu diesem Zwecke unter Leitung des Hrn. Premier-Lieutenant Hörschorn geschmackvoll dekorirt worden war. Im Hintergrunde prangten die bekränzten Büsten des Königs und des Kronprinzen, denjenigen gegenüber ein prächtiger Gaststern. Einige 30 große neue Fahnen, welche der Verein durch die besonderen Bemühungen des Hrn. Hörschorn erhalten hat, zierten den Saal. Nachdem die Kapelle des 46. Rgts. durch einige Piecen die Feier eröffnet hatte, hielt Hr. Hauptmann Mulski die Festrede, welche mit einem Hymnus aus das Königshaus schloß. Hierauf spielte die Musik das „Heil Dir im Siegeskranz“, in welches die ganze Versammlung einstimmte. Dr. Kahler sprach alsdann über das Haus der Hohenzollern und deren reges Werk, besonders herzliche Worte dankte er den Gründern des Vereins, sowie dem jetzigen Vorstande, hervorhebend, welche große Opfer derselben bringen müsse und welcher Kraft es bedürfe, um einen Verein von solchem Umfang in so musterhafter Ordnung zu leiten. Redner schloß mit einem Hoch auf den Vorstand und den Landwehrverein. Der hierauf folgende delikatorische Vortrag mit Gesang: „Am Wachtfeuer“ erntete reichen Beifall, da Dr. Deutsler in seinem albekannten Humor den alten Wachtmeister trefflich vortrug und die Sänger unter Leitung des Hrn. Borowicz ihre Partie gut durchführten. Nachdem noch verschiedene Toaste abwechselnd mit kleinen humoristischen Vorträgen die Versammlung in die heitere Stimmung versetzt hatte, endete gegen 11½ Uhr diese würdige Feier.

Bentschen, 17. Oktober. Zu der am vorigestrigen Tage unter Befehl des Herrn Superintendenten Schöber aus Tirschtiegel im Wolterschen Saale hier selbst abgehaltenen dreißigjährigen Kreis-Lehrerkonferenz der Diözese Kargen hatten sich außer 4 Geistlichen gegen 50 Lehrer eingefunden. Bald nach 10 Uhr Morgens wurde die Versammlung mit Gotteslob und einer Ansprache des Vorstandes, angeschlossen an den Text der Gedächtnispredigt des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm IV., dessen Geburtstag gerade war: „Wer mich kennt vor den Menschen, den will ich auch u. s. w.“ eröffnet. Besonders hervorgehoben wurde in dieser Ansprache, daß die Schulen durchaus konfessionell sein müßten, wenn nicht anders die Kirche in gänzlicher Verfall gerathen sollte. Demnächst wurde von Hrn. Pastor Schöber ein kurzes Referat über den ersten Religionsunterricht und von 2 Lehrern der Parochie Tirschtiegel solche über den ersten Rechenunterricht und die Einführung in die Decimalrechnung vorgetragen, denn Aufsicht konnten wegen der kurzen Frist (4 Tage), welche zwischen der Berufung und der Abhaltung der Konferenz lagen, zu schriftlichen Arbeiten nicht mehr herangezogen werden. Über die in dem ersten Referate aufgestellten Sätze, der erste Religionsunterricht mit bijährigen Kindern müsse mit den bibl. Geschichten des neuen Testaments beginnen und diese streng nach dem Bibelwort erzählt werden, entspann sich eine längere, sehr eingehende Debatte und die Konferenz entschied sich nach einem Resümee des Vorsitzenden fast einstimmig für das Erzählen der biblischen Geschichte mit den Worten der Bibel, selbst auf die Gefahr hin, daß es von den Kindern nicht verstanden werden sollte. Dem zweiten in dem Referate aufgestellten Satze konnte sich jedoch die Versammlung aus pädagogischen und logischen Gründen nicht anschließen und sie stimmte deshalb mit sehr großer Majorität für den Anfang des Religionsunterrichts mit dem alten Testamente. Bei der Besprechung des Referates über den ersten Rechenunterricht blieb eine Hauptfrage, nämlich die Zeit, in welcher das behandelte Pensum absolviert werden soll, des plötzlichen Schlusses wegen unerledigt und es antwortete auf die Frage des Vorsitzenden: Erklärt sich die Konferenz mit der Ansicht des Referenten im Allgemeinen einverstanden? eine Anzahl der Theilnehmer mit Ja, worauf dann der dritte Gegenstand an die Reihe kam. Hier war im Ganzen nicht viel zu erinnern, doch hielt man die ausgesprochene Ansicht des Berichterstatters, daß nur in Stadtschulen die Decimalbrüche nach den gemeinen Brüchen behandelt

genheiten vollständig leuchten wird. Auf der andern Seite des Rathauses vor der Hauptwache strahlten Gasflammen in Form eines Kreuzes. Ebenso vor dem glogauer Thore, und auf dem sogenannten Kreuze brillierte eine Pyramide, so wie in der Mitte der Breiten Straße. Da es Sonntag war und das Wetter, abgesehen einen starken Wind, sich günstig zeigte, so wogte auf aller Straßen eine große Menschenmenge von einer Seite der Stadt zur andern. Die Gasflammen strahlten sämlich im schönsten und hellsten Lichte und rechtfertigten die gehegten Erwartungen. Dem Unternehmer, so wie auch dem Ingenieur Herrn Tantini, gebührte die größte Anerkennung und wollen wir nur wünschen, daß der Kreis der Gasconsumenten ein recht bedeutender werden möge. Um 8 Uhr vereinigten sich dann sämtliche Belebigen, die Vertreter der Stadt, die Spitzen der Behörden und eine Anzahl Lichsfreunde, das heißt Freunde der nunmehr besseren Straßenbeleuchtung, zu einem Diner im Thielchen Hotel. Unter Lärm und mancherlei Läden entflohen die Stunden des heiteren Mahles.

Z. Kovitz, 17. Oktober. An Stelle des von hier nach Striegau als Zugspausprediger versetzten Pastors Rudolph ist in dem am 12. d. Mts. unter Vorst des Superintendanten Berwicks Hrn. Schröder aus Tirschtiegel, angehandenen Wahltermini der bisherige Pfarrverweser Hr. Grobe hierdurch durch Stimmenmehrheit zum Pfarrer gewählt und dem Konistorium zu Posen zur Bestätigung präsentiert worden.

v. Neutomysl, 18. Okt. Das erste Unglück auf der Märkisch-Posener Bahn. Heute Nachmittag gegen 3 Uhr entgleisten auf der Strecke zwischen hier und Bukowice die letzten Wagen eines von Posen kommenden, beladenen Arbeitszuges der Märkisch-Posener Eisenbahn. Nachdem die Maschine und die ersten Waggons die betreffende Stelle glücklich passirt hatten, soll sich eine Schwelle gehoben und einen Wagen von den Schienen gedrückt haben. Derzelbe riss sich in Folge dessen von den vorderen los und stürzte sammt den ihm angehängten vom Damme herunter. Ein Theil der Wagen ist trümmerig, in- und übereinander gefahren, nur der leste, auf welchem der Schaffner saß, blieb unversehrt, und ist somit kein weiteres Unglück zu beklagen.

Vom 19. d. M. gehen uns hierzu noch folgende Mittheilungen zu: Der betreffende Zug bestand aus achtundzwanzig größtentheils mit Kies beladenen Loren. Der zwanzigste Wagen war unbeladen eingehoben worden und sprang wahrscheinlich in Folge des zu schnellen Fahrens aus den Schienen, zerbrach den Haken, durch welchen er mit den vorhergehenden verbunden war und stürzte mit den folgenden acht Wagen den Böschung herunter. Ein Trümmerhaufen, an dessen Fortschaffung heute rüdig gearbeitet wurde, kennzeichnet die Unglücksstelle. Die Schienen sind verbogen, einige Schwellen zerbrochen und die Erde aufgewühlt. Glücklicherweise hatte sämliches Fahrpersonal auf den ersten Wagen Platz genommen, so daß Niemand zu Schaden gekommen ist. Wäre das Verbindungsstück zwischen dem entgleisten und den vorderen Wagen nicht gebrochen, so hätte das Unglück sicher noch gröhere Dimensionen angenommen.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ Berlin, 18. Oktober. Durch eine gemeinsame Verfügung aus dem Handelsministerium und dem Ministerium des Innern sind die k. Regierungen veranlaßt worden, das Publikum im Kenntniß zu setzen von denjenigen Mitteln, welche die technische Deputation für Gewerbe als besonders geeignet gefunden hat, um den Kleiderstoffen die Eigenschaft leichter Entzündbarkeit zu nehmen. Dieser Gegenstand hat in neuerer Zeit um so mehr die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als vielfache Unglücksfälle, namentlich auf den Theatern, in Folge der Entzündung leichter Kleider vorgekommen sind. Nach dem Gutachten der technischen Deputation für Gewerbe ist das wolstramjaure Patron für den Zweck vorzugswise geeignet. Dasselbe verändert nicht wie andere in Vorschlag gebrachte Imprägnationsmittel (Vorar, Waserglas u. s. w.) die zarten Farben der Zeuge und vermag nicht wie die mehrfach empfohlenen Ammonialkalische Unbequemlichkeiten beim Plätzen und Bügeln der Zeugwaren. Das Mittel kann sowohl bei der Appreturierung neuer Zeuge als auch bei der Wäsche von Bekleidungsgegenständen benutzt werden. Da das Salz im Großen dargestellt wird, so hat es einen verhältnismäßig nicht hohen Preis. Die kgl. Regierungen werden nun durch den vorliegenden Erlaß beauftragt, unter Hinweis auf die in der Benutzung nicht imprägnirter Kleiderstoffe verübenden Gefahren, das Gutachten der genannten Deputation zur möglichst allgemeinen Kenntniß zu bringen und namentlich darauf hinzuwirken, daß auf den Schaubühnen von dem empfohlenen Schutzmittel Gebrauch gemacht werde. —

Von dem Zentralbureau des Zollvereins ist eine Vergleichung der gemeinschaftlichen Zoll-Ginnahmen an Ein- und Ausgangsabgaben im 1. und 2. Quartal 1869 mit denen des Vorjahrs aufgestellt worden. Hier nach hat diese Ginnahme in dem diesjährigen ersten Semester 12,558,277 Thlr. im vorjährigen 13,192,972 Thlr. betragen, so daß also für dieses Jahr eine Mindezzinnahme von 634,695 Thlr. entstanden. Preußen figurirt bei den Ginnahmen mit 8,685,281 Thlr. und zwar um 874,323 Thlr. weniger als im vorjährigen Semester; Bayern mit 619,269 Thlr., Sachsen mit 1,377,067 Thlr., Württemberg mit 2,680 Thlr., Baden mit 585,524 Thlr., Hessen mit 222,400 Thlr., Thüringen mit 145,888 Thlr., Mecklenburg mit 71,606 Thlr., Braunschweig mit 122,151 Thlr., Oldenburg mit 94,907 Thlr., Lauenburg mit 15,981 Thlr., Lippe mit 93,288 Thlr., Hamburg mit 184,469 Thlr. und Luxemburg mit 123,596 Thlr. Auger Preußen hatten noch eine Mindezzinnahme Bayern, Württemberg, Hessen, Thüringen, Braunschweig und Luxemburg. Eine Mehreinnahme weisen auf Sachsen, Baden, Mecklenburg, Oldenburg, Luxemburg, Lübeck und Hamburg, die letzten Gebiete mit der ganzen Ginnahmenmenge, weil sie in dem ersten vorjährigen Halbjahr noch nicht dem Zollverein angehörten. Nach den beifügten Bemerkungen hat auf die Mindezzinnahme die noch immer andauernde Geschäftsstille sowohl, als auch hohe Preise der Nahrungsmittel, sowie Mangel an Spannungsgestalt, wodurch der Warenbezug auf das Notwendigste beschränkt würde, eingewirkt. Ferner haben auch die mit dem 1. Juni v. J. eingetretenen Befreiungen und bedeutenden Herabsetzungen der Tarifzölle erheblichen Einfluß auf die Zollinnahme geübt, denn mit Ausnahme des Weins ist bei keinem der wichtigeren Artikel der durch die Zollermäßigung verursachte Ginnahmeausfall durch Mehrbezüge gedeckt worden. Auf die verminderte Zollinnahme hat insbesondere der geringe Bezug von Tabak und Tabaksfabrikaten Einwirkung gehabt. Nachstend wird des Umstandes gedacht, daß im ersten Semester v. J. durch Aufräumung und Verzollung der fiskalischen Saldestände ein nicht unerheblicher Betrag an Eingangszoll zur Erhebung kam, wodurch die Bestände an Salz weit über das wirkliche Bedürfnis hinaus anwuchsen und weitere Bezüge vor der Hand unnötig machten. Die ebenso erhebliche Wiederverzollung von Rohzucker für inländische Siedereien ist den hohen Preisen des indischen Rohzuckers auszuschreiben. Auch Reis, Syrup und Brantwijn haben einen Ginnahmeausfall, wenn auch nur einen geringen, ergeben. Den Wiederverzollungen stehen zahlreiche Mehrverzollungen entgegen, es würde sonst das Einnahmelergebnis noch ungünstiger gewesen sein. Es ist hier besonders ein großer Mehrbezug von Süßfrüchten und rohem Kaffee zu vermerken.

v. Neutomysl, 18. Okt. Die Lebhaftigkeit im Hopfengeschäft dauert fort. Die Zahl der freuden Käufer hat sich durch das Eintreffen mehrerer Bayern vergrößert. Dagegen scheinen sich die Borräthe immer mehr zu räumen und Primawaare nur noch dem Namen nach vorhanden zu sein. Der Einkauf ist demnach sehr schwierig, zumal die Produzenten selbst bei den jetzigen hohen Preisen immer noch nicht willig abgeben wollen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Werner in Posen.

Gewinn-Liste der 4. Kl. 140. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigelegt.)

Bei der am 19. Okt. vorgetragene Steitung sind folgende Nr. gezogen:

19	23	(100)	200	(100)	5	47	76	360	147	83	85	96	508	45
671	781	850	94	952	64	(100)	65	75	1021	62	96	110	57	70
217	53	79	81	328	32	40	58	88	454	93	(100)	535	39	42
721	37	62	63	812	938	89	(500)	2139	47	58	78	(500)	214	57
304	508	13	14	49	600	21	72	701	816	45	65	916	(100)	46
31	(200)	56	70	101	(100)	6	14	203	303	16	414	46	58	537
84	701	19	831	97	99	954	66	4015	51	110	37	300	9	36
56	80	(200)	540	60	69	79	626	(200)	30	(100)	58	714	48	70
809	17	37	84	(1000)	931	5002	11	54	69	227	36	59	68	(500)
329	81	94	491	525	66	(500)	600	37	716	45	52	71	873	91
18	41	67	6035	55	56	(100)	162	240	317	(100)	69	93	447	62
502	(100)	6	30	60	615	25	80	88	799	382	937	39	49	55
7028	32	36	102	51	71	202	(1000)	76	341	56	424	(1000)	83	524
29	68	614	712	(1000)	36	44	802	14	912	14	37	(100)	51	8049

(Alle Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigelegt.)

119	205	339	84	511	66	(200)	609	42	838	(200)	74	918	19	42
(100)	9111	243	(100)	439	88	527	40	47	48	52	55	78	(1000)	615
(200)	37	82	726	46	806	70	901	51	60	89				
10,002	(1000)	23	29	670	93	199	225	377	536	703	45	60	91	
845	905	15	11,084	112	88	215	77	92	304	20	28	58	416	24
(500)	623	54	(100)	61	748	52	888	89	95	966	72	12,012	25	33
47	62	79	(200)	127	(1000)	204	26	(500)	47	353	(500)	76	(1000)	79
79	49	39	613	41	46	60	709	35	38	47	54	97	(1000)	903
(100)	29	84	13,009	29	(200)	34	226	409	32	53	65	72	521	30
74	602	37	57	766	887	66	932	57	14,002	51	65	75	(200)	126
(100)	45	97	243	57	79	381	97	99	440	63	528	88	91	74
728	(500)	36	53	921	(1000)	34	15,152	(100)	244	(200)	49	56	348	
(1000)	49	425	579	(500)	81	600	(1000)	715	44	74	89	905	7	11
29	52	16,015	442	(200)	54	213	(100)	39	43	(200)	308	38	413	45
519	603	30	713	925	(100)	89	17,042	251	471	527	35	44	641	
(500)	701	(500)	12	(500)	43	59	(500)	823	96	(1000)	909	18,067		
77	158	59	76	253	67	301	33	52	78	448	547	(100)	80	639
88	880	(1000)	97	930	49	60	96	19,122	88	91	230	41	357	(100)
67	88	99	436	62	65	75	92	(200)	93	(200)	668	96	702	19
19	43	906	67											
20,006	55	59	304	28	48	527	86	625	757	67	75	945	54	59
21,039	164	77	84	(200)	294	328	400	21	55	63	593	664	82	85
840	70	93	83	92	94	22,004	100	6	10	84	125	48	269	79
93	431	44	94	(100)	518	42	74	95	619	45	(200)	61	754	76
(100)														

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 200 Tausend Mauersteinen I. Klasse und 200 II. zu einem auf Bahnhof Kreuz im Rohbau zu erbauenden neuen Lokomotivschuppen soll im Wege öffentlicher Submission an den Mindestfordernden vergeben werden und ist hierzu Termin auf

Montag, den 1. Nov. d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der unterzeichneten Betriebs-Inspektion hier selbst anberaumt, woselbst die Franco eingehenden versiegeln und mit der Aufbewahrung bedacht werden.

Submission auf Lieferung von Mauersteinen für Bahnhof Kreuz,

zu versendenden Offerten in Gegenwart der persönlich erschienenen Submittenten eröffnet werden sollen.

Lieferungsbedingungen können im diesseitigen Bureau eingesehen, auch gegen Copialien gebühren werden.

Stargard i. P., den 14. Oktober 1869.

Königliche Betriebs-Inspektion
der Stargard-Posen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 66 der Städteordnung wird hiermit bekannt gemacht, daß die für das Jahr 1870 entworfenen Haushaltsetats, vom 21. d. Mts. ab, acht Tage lang, von den Einwohnern unserer Stadt in dem Geschäftszimmer des Stadtsekretärs Goebels auf dem Rathause eingesehen werden können.

Posen, den 19. Oktober 1869.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Mathias Stroinski und dessen Chefran Margaretha geb. Bierska gehörige, in Jasen unter Nr. 19 liegende Grundstück, abgeschägt auf 6388 Thlr. 28 Sgr. zu folge der nebst Hypothekenchein in der Registratur eingehenden Tage, soll

am 9. Mai 1870,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftigt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 31. Juli 1869.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Civilsachen.

Handels-Register.

Bufolge Verfügung vom 12. Oktober 1869 ist unter Nr. 1129 in unsern Firmen-Register die Firma Isaac Spiro zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Isaac Spiro daselbst am 13. Oktober 1869 eingetragen worden.

Posen, den 13. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.
Zweite Abtheilung.

Der Konturs über das Vermögen des Bernhard Heibusch Hopp aus Schrimm ist aufgehoben, da sämtliche angemeldete Gläubiger dazin gewilligt haben.

Schrimm, den 13. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Buchhändlers Gustav Fritze zu Pleischen ist zur Verhandlung und Beschlusssfassung über einen Accord-Termin

auf den 10. November c.,
Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtslokal, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hier von mit dem Bemerkern in Kenntnis gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht im Anspruch genommen wird, zur Teilnahme an der Beschlusssfassung über den Accord berechtigt.

Pleischen, den 7. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

Hassert.

Bekanntmachung.

Das vormalige Salzamtsgut-Grundstück zu Grin von 3 Morgen 16 $\frac{1}{8}$ D.-Ruten Grundfläche, dessen Straßenfront eine Länge von 342 Fuß hat, mit nachstehenden Pertinenzen: einem massiven zweistöckigen Wohngebäude, einem dergleichen einfördigen, zwei Salzspeichern von ausgemauertem Fachwerk, einem Stallgebäude, einem Appartement, einer Pumpe, Umländern und 84 Stück tragbaren Obstbäumen, abgeschägt auf 5700 Thlr. soll meistbietend verkauft werden.

Hierzu haben wir einen Termin

auf den 22. November c.,
Vormittags 10 Uhr,

in dem Steueramtlokal zu Grin anberaumt, woselbst auch die Tage, der Hypothekenschein und die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

An Bietungsklausur sind im Termin der vierte Theil der abgegebenen Gebote baar oder in Staatspapieren nach dem Kurswerthe zu bestellen.

Auf Erfordern wird gegen Erstattung der Kopialien Abchrift der Tage, sowie der Bedingungen von uns verabfolgt.

Bromberg, den 2. Oktober 1869.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Provinzial-Steuerdirektors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt im Gasthofe des Herrn Dr. Sachse zu Neustadt a. W. am 29 November c. von 9 Uhr Vormittags bis 12 Uhr Mittags die in Neustadt a. W. belegenen fiskalischen Grundstücke, bestehend in

- a) einem Speicher I. nebst Hofraum, von circa — Morgen 39 □ R.
- b) einem Speicher II. nebst Hofraum, von circa — 29 .
- c) einer Landparzelle B. von 78 .
- d) einer C. von 1 . . . 119 .
- e) einer D. von 111 .

mit Vorbehalt des höheren Bidschlags an den Meistbietenden zum Verkauf stellen.

Die Speicher I. und II., sowie die Parzellen B. und C. werden zuerst einzeln, d. h. jeder Speicher nebst dem dazu gehörenden Hofraum und jede Parzelle für sich besonders und demnächst auch zusammen zum Ausgebot gestellt. Die Parzelle D. dagegen wird lediglich für sich allein ausgeboten werden.

Nur dispositionsfähige Personen werden zum Bieter zugelassen werden, welche vorher ihre Gebote und zwar:

- a) für den Speicher I. mit 50 Thlr.
- b) : : : : : 50 :
- c) : : : : : 15 :
- d) : : : : : 15 :
- e) für a, b, c und d mit zusammen. 130 Thlr.

baar oder in Staatspapieren sicher stellen. Für die besonders zur Bietung zu stellende Parzelle D. ist eine Bietungsklausur von 5 Thlr. zu erlegen.

Die näheren Verkaufsbedingungen können bei uns von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.

Auch sind wir erbötig, gegen Erstattung der Kopialien eine Abschrift der Tage und der Bedingungen zu verabfolgen.

Pogorzlice, den 16. Oktober 1869.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck, errichtet 1828.

Am heutigen Tage haben wir Hrn. **Louis Lipschitz** in Posen, Kleine Gerberstraße 8, die Hauptagentur obiger Gesellschaft übertragen, und wird derselbe jederzeit zur kostenfreien Vermittelung von Versicherungen, sowie zu jeder näheren Auskunft gern bereit sein.

Posen, den 16. Oktober 1869.

Im Auftrage der Direktion R. Goldschmidt, Oberinspektor.

Diejenigen Herren Aktionäre der Posener Real-Kredit-Bank, welche sich den Anträgen auf Erhaltung der Bank angeschlossen haben oder sich für die Ausgleichung der sonst noch unter den Aktionären obwaltenden Meinungsverschiedenheiten interessiren, werden ergebenst ersucht, sich vor Beginn der General-Versammlung

den 21. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr,
in Stern's Hotel zu einer Besprechung einzufinden zu wollen.

Posen, den 19. Oktober 1869.

Ernst Theod. Bänsch in Lissa. C. G. Baum in Rawicz. Beuthner auf Golencin. Boas auf Lussowo. Busmann, Rentier. Dütschke auf Romberg. Hugger, Rentier. Kirchstein, Apothekenbesitzer. A. Kratochwill, Mühlensbesitzer. Robert Schmidt, Kaufmann. H. Wandelt auf Sendzin. Wirth auf Lopienno. R. Rohrmann-Pogorzella.

P. P.

Hierdurch erlaube ich mir, die ergebene Anzeige zu machen, dass ich mit dem heutigen Tage unter der Firma

R. Lubszynski

am hiesigen Platze, **Wilhelmsstrasse Nr. 24,** vis-à-vis vom Conditor J. P. Beely & Co., ein

Kurz-, Weiss und Wollwaaren-Geschäft

errichtet habe.

Indem ich hiermit einem geehrten Publikum mein neues Unternehmen zur geneigten Berücksichtigung bestens empfehle, wird es mein stetes Bestreben sein, durch **reelle** und **billigste** Bedienung mir das geschätzte Wohlwollen zu erwerben.

Hochachtungsvoll

R. Lubszynski,

Wilhelmsstrasse 24,

vis-à-vis vom Conditor J. P. Beely & Co.

Gewerbeschule.

Da es bisher noch nicht ermöglicht worden, eine Gewerbeschule für die Provinz Posen zu gründen, so soll auf Anregung der hiesigen polytechnischen Gesellschaft provisorisch wiederum eine **Winterschule für junge Handwerker** errichtet, und bei der allgemein anerkannten Wichtigkeit dieses Gegenstandes die Mittel hierzu durch freiwillige Beteiligung aller sich dafür Interessirenden aufgebracht werden. In Posen und in der Provinz circuliren zu dem Ende Subscriptionslisten, und haben sich außerdem:

- Herr Buchhändler **Zupanski**, Neuestraße 2,
Kunsthandlung von **Lissner**, Wilhelmsplatz 5,
- Herr Buchhändler **Jolowicz**, Alten Markt 74,
- Herr Kaufmann **A. Kunkel**, Wasserstraße 31,

zur Annahme von Beiträgen bereit erklärt.

Der Zeichnenunterricht wird jedenfalls am 1. November beginnen und wird die weitere Ausdehnung des Unterrichts auf Modelliren, Schön- und Rechtschreibung, Rechnen, Buchführung u. s. w. von der Höhe der eingehenden Mittel abhängen.

Das Schulgeld ist auf 1 Thaler monatlich festgestellt, und kann fleißigen und befähigten Schülern nach dem ersten Monate ganz oder theilweise erlassen werden.

Anmeldungen ist Herr Dr. **Wituski**, Alten Markt 55, von 12—2 Uhr entgegen zu nehmen bereit.

Posen, im Oktober 1869.

Das Comité für die Handwerkerschule.

Sämtliche Sorten Kleer, Gras- und Feldsämereien kauf und zahlt die höchsten Preise die Samenhandlung

Heinrich Auerbach.

Comptoir: Breite- u. Gerberstr. Ecke 14, 1. Etage.

100 Schock

großes Weiz- und Blaukraut und zu verkaufen in Zabikowo bei Posen.

Ernst Niehle.

Ein Reitpferd verzeughalber sofort zu verkaufen; zu erfragen Schuhstraße 3.

Ein kleines Rittergut,

oder ein anderes gut gelegenes Landgut von 500 Morgen und darüber, in der Prov. Posen oder Pommern, suche ich zu kaufen resp. gegen ein schönes Grundstück in Berlin zu vertauschen. Respektanten wollen sich in portofreien Briefen mit Angabe der Lage, Bodenbeschaffenheit, Preis und Hypotheken an mich selbst wenden.

Forsth. Tiefensee bei Guben (Niedersachsen) 1869.

W. Hausig.

Mein seit 40 Jahren im besten Betriebe befindliches Material, Zigarren- u. Wein-Geschäft, das mit Gastwirtschaft verbunden ist, beabsichtige ich umständshalber aus freier Hand sogleich zu verkaufen.

Trzemeszno, 19. Oktober 1869.

E. Voge,
Fr. Schwante's Nachfolger.

Ein Grundstück in Bromberg an einem frequenten Marktplatz, zur Destillation vorzüglich geeignet, bestehend aus einem dreistöckigen neuen und einstöckigen alten Gebäude, neuen Stallungen, großen Kellerräumen, Bodenschüttungen, großen Hofraum und Bauplatz, worin seit 25 Jahren ein Kolonialwaren-Geschäft, Bahnhof und Schankwirtschaft betrieben wird, ist wegen Krankheit der Eigentümmer sofort zu verkaufen oder die Geschäftsräume vom 1. Januar 1870 ab billig zu vermieten.

Angahung 4000 Thlr., Hypothek fest.

Nächste Auskunft erhält Herr Stadtsekretär Goebels in Posen, Breitestr. 25. Unterhändler verbeten.

Geschäftsfortsetzung.

Dem geehrten Publikum, sowie unsern werten Kunden und Geschäftsfreunden hiermit die ergebene Anzeige, daß das Fleisch- u. Wurstwaaren-Geschäft meines verstorbenen Mannes Friedrich Altmann, Wallstraße Nr. 3, fernerhin durch mich fortgesetzt werden wird.

Friederike Altmann, Wittwe.

Anzeige.

Meine Wohnung und Haupt-Agen-

tur-Bureau der Berlinischen Feuer-Versicherungs-Anstalt

befindet sich jetzt in der Kleinen Gerber-

straße Nr. 4, im Hause des Herrn Görts,

1. Treppen hoch.

Posen, den 5. Oktober 1869.

Ignatz Pulvermacher.

Der Zahnarzt Mallachow wohnt

Gr. Ritterstr. 10 in seinem Hause und nicht Nr. 9, wie es der Wohnung-Anzeiger nachweist.

Eine geübte Schneiderin, die auch auf</p



Bockverkauf.
Der Verkauf 1³/₄jähriger **Böcke** in hiesiger Stammshäferei beginnt vom 1. November d. J. ab. Die Herde ist durch Ankauf von 400 Stück ausgezeichneten Mutterthieren aus der Stammshäferei zu Nischwitz im Königreich Sachsen gegründet und in gleicher Richtung mit der Mutterherde **rein fortgezüchtet** worden. Auch sind nach der Schur ca. 200 Stück meist junge Mütter abgegeben.

Klein-Grauden bei Gnadenfeld, Ober-Schlesien, Bahnhofstation Kandrzin (Kosel) der Ober-Schlesischen Eisenbahn.

Boenisch.

Weißwollene und couleurete Camisols, Gazecons, Strümpfe und Socken u. dgl. Winterkleidungsstücke, in bester Arbeit und reichster Auswahl, offerirt zu billigsten Preisen die

Leinen- und Weißwaaren-Handlung

K. Szymańska,

Neuestraße Nr. 2.

Sehr billig!

Seelenwärmere, Pellerinen, Kinderjäckchen, Handschuhe, Westen, Shawls, Samaschen, Kinderhüte, große und kleine Tücher, Hosen, Handschuhe, Knabenmützen, Röckchen in größter Auswahl zu bekommen in der Wollwaarenfabrik

M. J. Guttmann,
Breitestr. 7, 1 Treppe.

Ein gut erhaltenes Mahagoni-Flügel steht sehr billig zum Verkauf bei **C. Hirst,** St. Martin 60.

Eine Deltmühle und eine Schrotmühle mit Steinen stehen bei mir zum Verkauf. Obłazkowo p. Wreschen. Petrick. Einige Preis-Medaillen in Bromberg 1868 und Königsberg i. P. 1869.

Jagd-Gewehre,

Fabrikat von **Jos. Offermann,** Büchsenmacher in Köln am Rhein. Einfache Jagdgewehre . . . von 28 Th. an, Doppelte von 28 Th. an, do. Damasc und Patent . . . 10¹/₂ Th. Lefauzeug 22 Revolver, Büchsen, Jagdgeräthe jeder Art, empfiehlt in großer Auswahl, bei 14tägiger Probe und jeder Garantie.

Jos. Offermann's Filiale, Königsberg i. P., Münzstr. 28.

Lentnersche Hühneraugen-Pflasterchen empfiehlt 3 Stück 4 Sgr., im Dutzend 12¹/₂ Sgr., nebst Anwendung

Herrmann Noegelin, Bergstraße 9.

Bogdanowo bei Dobroń liefert vorzügliches Winterobst: Stettiner gr. Reinetten, Calville, Kantapfel, gestreifte Reinetten pr. Scheff. 2 Thlr. frco. Posen; gemischtes Herbstobst 1 Thlr. 20 Thlr.

Hamburger Brat-Heringe à 1 Sgr. Parteiweise billiger.

Hedelhöfer, Gr. Gerberstraße Nr. 32.



Der erste Wiener Schuh- u. Stiefel-Bazar von S. Tucholski, Wilhelmsstr. 10, empfiehlt in besonders großer Auswahl und unter Garantie der Haltbarkeit Herren-Stiefeln, Damen- u. Kinder-Schuhe.

S. Tucholski, Wilhelmsstr. 10.

Reparaturen u. auswärtige Aufträge werden prompt ausgeführt.

Leinen- und Weißwaaren-Handlung

K. Szymańska,

Neuestraße Nr. 2.

Chemiker **Dr. Hauck's** ozonisierte Dorschleberthran à Flasche 12¹/₂ Sgr. bei Schwindfischen, strohholzden Leiden ic. vielfach bewährt, ist in Posen nur allein bei Herrn Hof-Apotheker **Dr. Mankiewicz** zu haben.

ROTH & BRAUN
Feuerbach-Stuttgart

Die bewährte Kinder-Suppe

Ein Extract aus Liebig's Kinderpulver. Anerkannt bester Ersatz für Muttermilch.

Reines Malz-Extract
gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Atmungsbeschwerden u. s. w.

Beide Präparate vorzüglich à 12 Sgr. pr. Blac. in Elsner's Apotheke in Posen.

Frostbalsam, bestes Mittel, Frostbeulen schnell zu beseitigen, und dem Auftreten der Haut vorzubeugen, a Bl. 5 Sgr. in **Dr. Mankiewicz's** Apotheke.

Einem hochgeehrten Publikum und besonders meinen werthen Kunden die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab täglich Zusendung von vorzüglich seinen Hamburger „Fischernen“ Fleischwaren in großer Auswahl erhalte.

F. Fromm,

Sapiechplatz 7.

NB. Prompte Versendung nach Ausserhalb. Die Papiere sind sämtlich mit meiner Firma versehen.

Neue Sendung Rügenw. Gänsebrüste u. Gänse-Sülzkenlen empfingen und empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schlus der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 20. Oktober 1869. (Mareuse & Mass.)

Not. v. 19.

Spiritus, matter.

Not. v. 19

Wizen, fest.	65 ¹ / ₂	65 ¹ / ₂	Okt.	15 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
Okt.	65 ¹ / ₂	65 ¹ / ₂	Okt.-Nov.	15	15 ¹ / ₂
Frühjahr	67	66 ¹ / ₂	Frühjahr	15 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
Rogen, unverändert.			Rübel, behauptet.		
Okt.	47 ¹ / ₂	47 ¹ / ₂	Okt.	12 ¹ / ₂	12 ¹ / ₂
Okt.-Nov.	46 ¹ / ₂	46 ¹ / ₂	April-Mai 1870	12 ¹ / ₂	12 ¹ / ₂
Frühjahr	46 ¹ / ₂	45 ¹ / ₂			

Vor Täuschung durch nachgeahmte Etiquette wird gewarnt!

Preisgekrönt auf der Ausstellung in Amsterdam.

Gesundheits-Kaffee,

nach chemischer Untersuchung frei von Eichören, Eicheln und sonstigen schädlichen Stoffen, ist wohlsmachend wie indischer Kaffee, jedoch vier Mal billiger als dieser, und bekommt auch denen vorzüglich, die an Blutandrang, Augenübeln, Magen- und Unterleibbeschwerden leiden. Unser (und kein anderer) Gesundheits-Kaffee wird empfohlen von den Herren Sanitätsrat Dr. Luze in Cöthen, Oberstabsarzt Dr. Schmidt in Hulda, Kurarzt Dr. Sack in Wiesbaden ic.

Wo nicht unzweifelhaft unser echter Gesundheits-Kaffee zu haben, beliebe man solchen direkt bei uns zu bestellen.

Krause & Co. in Nordhausen am Harz.

Jedes Packet des edlen Gesundheits-Kaffee's hat nebenstehende Unterschrift.

Krause & Co.

Wer nicht getäuscht sein will, achtet auf diese Unterschrift.

Bericht der National-Zeitung über die Amsterdamer Ausstellung.
Viele Surrogate für Kaffee und Schokolade präsentieren sich gleichfalls hier. Unter ihnen hat der „Gesundheits-Kaffee“ von Krause & Co. in Nordhausen wohl den größten Werth. Es ist dies ein wirklich recht zu empfehlendes und recht gesundes Surrogat, das verdient eifrigst empfohlen zu werden. Es enthält eine tüchtige Quantität reellen Nahrungskaffees und ist das direkte Gegenthilf der Eichorie, deren Nährwerth ein durchaus problematischer ist.

Neue Kranzfeigen, Sultanfeigen, Trauben, Rosinen, Schmalmandeln à la princesse, Prunellen, Maronen, Datteln, Katharinenspalaum, Deliower Kübchen, sowie neue gelbe Malaga-Citronen empfiehlt bill. Ketschhoff.

Frisch geschossene Hafen-, Rehe-, Rebhühner und Hasen empfiehlt die Wirtschaft Isidor Busch, Sapiechplatz 2.

Buckw. Grünb. Weintr. empf. Ketschhoff.

Einen kräftigen Laubfurschen verlangt Moritz Brandt, Markt 55.

Schifferstr. 20 ist ein freundlich möbliertes Zimmer billig zu vermieten.

Ein junger Mann, der Lithograph werden will, kann sofort bei mir in die Lehre treten. F. Leisinger, Lithograph, Magazinstr. 1, neben d. l. Kreisgericht.

Ein fein gebild. junges Mädchen, im Franz. unterrichtend, kath., im Kloster gebildet, sucht sogleich Stellung als Bonne durch Frau Schroeder, Altüberstr. 50 in Breslau.

Ein Feldmessergehülfe, sicherer Arbeiter, sucht ein anderweitiges Engagement: Referenzen gut. Gefällige Offerten beliebt man unter P. A. in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Ein junger Mann aus hochadliger Familie wünscht gegen Pension-Bahlung in einer re. nominierten größeren Wirthschaft als Bonne einzutreten.

Carl Gust. Gerold, Hoflieferant Sr. Majestät des Königs, Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen, Unter den Linden 24 in Berlin.

Fr. Hechte u. Bors. Donnerstr. 1. v. Ketschhoff.

Ein unverheiratheter Mann — Kaufmann — sucht am hiesigen Platze eine Anstellung als Buchhalter ic. in einem Geschäft. Auch ist derselbe geneigt, zurückgebliebene Bücher zu ordnen oder bei bevorstehenden Abschlüssen thätig mitzuwirken.

Adressen nimmt die Expedition der Posener Zeitung unter B. C. # 5 entgegen.

Ein unverheirath. Landwirt, 36 Jahr alt, beider Landessprachen mächtig, sucht z. 1. Januar 1870 anderweitige Stellung unter bescheidenen Ansprüchen.

Näheres ertheilt das Wirtschaftsamt Chudopscice bei Pinne.

Eine Dame sucht als Gesellschafterin unter bescheidenen Ansprüchen ein Placement; auch kann dieselbe Kinder in Sprachen ic. unterrichten.

Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Stg. Chudopscice bei Pinne.

Ein oder zwei möblierte Zimmer sind auf dem Graben 31, Parterre, zu vermieten.

Markt- u. Breslauerstr. Ecke 60 ist ein Laden fogleich zu verm. Näheres Baderstr. 13b, 2 Et.

St. Martin 4 ist vom 1. Januar f. 3 ein Eiskeller zu vermieten.

Ein Lehrling von hier wird gesucht bei Adolph Gries, Krämerstr. 18/19.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei R. Wismach, St. Martin 63.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei R. Gensleweit, Uhrmacher.

Stellung suchen z. 1. Nov. ein auswärtiger, z. 1. Dez. ein hiesiger Haushälter. Näh. bei Mietshstr. Pauline Anders, Sapiechplatz 4.

Ein Dekonomie-Inspektor, beider Landessprachen mächtig, mit guten Zeugnissen versehen, sucht sofort oder auch später ein Engagement (auch nach Polen). Nähere Auskunft in der Expedition dieser Zeitung, so wie bei Hrn. Pr. Lieutenant Barz auf Friedrichsbrück bei Bruss in Westpreußen.

Großes Wurst-Abendbrot von Berliner Leber- und Fleischwurst nebst Zanzkränzchen.

Donnerstag den 21. d. M. zum Abendbrot Eisbeine v. E. Herbig, Berlinerstr. 27.

Illustrirte Damenzzeitung,
Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen:

DIE BIENE.

Neueste und billigste Berliner Damenzzeitung für Mode und Handarbeit. Herausgegeben unter Mitwirkung der Redaction des Bazar mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen. Preis für das ganze Jahr 10 Sgr.

Die praktischen Bedürfnisse im Auge behaltend, trägt die „Biene“ mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umseht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt: Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche Abbildungen der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedenen Handarbeiten, in den Supplementen die breit. Schnittmuster mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, Alles selbst anzufertigen und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Die erste Nummer des neuen (V.) Jahrgangs ist gratis durch alle Buchhandlungen und Postanstalten beziehen.

Familien-Nachrichten.
Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter Johanna mit hrn. Bruno Pittmann von hier zeigen hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst an

Baruch Risch und Frau Johanna Risch, Bruno Pittmann, Verlobte.

Die Verlobung unserer Tochter Hulda mit dem Kaufmann hrn. Arnold Prager in Gleiwitz beeindruckt uns Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung hiermit ergebenst anzzeigen.

Rogasen, den 19. Oktober 1869.
W. Kirschner und Frau.

Die gestern Abend 1/8 Uhr erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Marie geb. Graeve, befreie ich mich statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzzeigen.

Posen, den 20. Oktober 1869.
Premier-Lieutenant im 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 46.

Statt besonderer Anzeige.
Heute Nachmittag wurden wir durch die Geburt eines Söhncchens erfreut.

Samter, den 18. Oktober 1869.
Kreisrichter Friedrich und Frau.

Emil Tauber.

